

Clockwork Society: Die Weltklimakonferenz von Paris als Arena gesellschaftlicher Synchronisation

Die vorliegende Untersuchung fragt nach den Ursachen für das Zustandekommen des globalen Klimaschutzabkommens von Paris: Welche Ereignisse haben dazu geführt, dass die politische Staatengemeinschaft im Dezember 2015 einen Vertragstext verabschiedet hat, der von einigen Beobachtern sogar als „Wunder von Paris“ bezeichnet wird? Ausgehend von einer zweiwöchigen Ethnografie auf dem Gelände des Weltklimagipfels in Frankreich wird das Verhältnis verschiedener Stakeholder auf der größten diplomatischen Versammlung der Menschheitsgeschichte genauer beleuchtet. Zur Erschließung des empirischen Materials wird ein akteurzentriertes Analysemodell entwickelt, bei dem der Zeitfaktor von zentraler Bedeutung ist („AKSA-Modell“). Mit einer um die Kategorien der sachlichen „Kreuzung“, zeitlichen „Synchronisation“ und sozialräumlichen „Arena“ erweiterten Differenzierungstheorie wird das lokale Zusammenspiel zwischen ökonomischen, politischen, wissenschaftlichen, massenmedialen und religiösen Akteuren genauer in den Blick genommen. Dabei zeigt sich, dass das Pariser Klimaschutzabkommen kein politischer Alleingang war, sondern das Produkt eines gesellschaftlichen Synchronisationsprozesses.

1. Problemstellung

Die 21. Weltklimakonferenz, die vom 30. November bis 12. Dezember 2015 in Paris stattfand, gilt als größte diplomatische Versammlung der Menschheitsgeschichte mit über 150 anwesenden Staats- und Regierungschefs und circa 35.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Das auf dem Flughafengelände von Le Bourget erzielte Abkommen wird von vielen Experten als wichtigster Erfolg der Weltklimadiplomatie gefeiert. Mit dem 25-seitigen Vertrag soll die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau begrenzt werden. Dafür sollen die nationalen Klimaschutzmaßnahmen alle fünf Jahre evaluiert und gesteigert werden, so dass die Weltgemeinschaft ab dem Jahr 2050 eine neutrale Treibhausgasbi-

lanz erzielen kann. Die Tatsache, dass sich die 195 Vertragsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) auf dieses verbindliche und durchaus ambitionierte Vertragswerk einigen konnten, ist aus soziologischer Sicht zunächst ein überraschendes Ereignis. Die Unwahrscheinlichkeit des Pariser Klimaschutzabkommens, das nach einem ebenfalls rekordverdächtigen Ratifizierungsprozess bereits am 4. November 2016 in Kraft getreten ist, lässt sich mithilfe von zwei soziologischen Argumenten verdeutlichen.

Bereits vor einigen Jahrzehnten hat Ulrich Beck mit seinem Theorem von der »organisierten Unverantwortlichkeit« (Beck 1988) auf ein zentrales Problem hingewiesen: Politische Maßnahmen gegen den Klimawandel müssen deshalb schwerfallen, weil die Verursacher nicht eindeutig benannt werden können. Zwar hat sich in der Erdsystemanalyse die Überzeugung durchgesetzt, dass die Menschheit maßgeblich für die Erwärmung des Planeten verantwortlich ist (Crutzen 2002). Mit dieser allgemeinen Feststellung ist jedoch noch nichts darüber gesagt, welche konkreten Individuen, Organisationen oder Nationen fortan als Hauptverursacher zu gelten haben. Angesichts der extrem hohen Komplexität des Erdsystems ist es äußerst schwierig, einzelne Länder, Städte oder Regionen zu identifizieren, die eine besondere Verantwortung für den anthropogenen Klimawandel tragen. Darüber hinaus kristallisiert sich an der Schnittstelle zwischen Natur und Kultur ein politischer Zielkonflikt. So wird die Definition konkreter Verursacher für den Klimawandel vor allem aufgrund der damit verbundenen Haftungsfrage für antizipierte oder bereits eingetretene Schäden zu einem politisch umkämpften Thema. In vielen Staaten gibt es ein vitales Interesse daran, dass sich an den historisch gewachsenen Produktions- und Konsumstilen nichts verändert. Umweltpolitisch motivierte Adaptions- oder Kompensationsmaßnahmen werden häufig als Gefahr für das volkswirtschaftliche Wachstum wahrgenommen. So argumentieren Schwellenländer wie Brasilien, Indien oder China in den letzten Jahren, dass sie genau wie die Industrieländer vor ihnen zunächst einmal die Möglichkeit haben müssen, zu wachsen, um ihre Bevölkerungen zu ernähren. Erst wenn man den Lebensstandard der reichen Industrieländer erreicht habe, könne man sich um eine ökologische Transformation der heimischen Ökonomien kümmern. Dieses Argument, das auch auf dem Konferenzgelände in Paris mehrfach vorgetragen wird, taucht freilich auch in den wohlhabenden Nationen des globalen Nordens auf, wenn von einflussreichen Interessensgruppen ein diametraler Gegensatz zwischen Klimaschutz und Wachstum konstruiert wird. Auch und gerade die westlichen Länder tragen damit maßgeblich zur Perpetuierung der organisierten Unverantwortlichkeit beim Klimaschutz bei.

Ein zweiter Ansatz, mit dem sich die Erfolglosigkeit der Weltklimadiplomatie in den Jahrzehnten vor Paris erklären lässt, geht auf Anthony Giddens zurück. In seiner Monografie »The Politics of Climate Change« (2009)

bezeichnet er den Klimawandel in prägnanter Weise als »Hinterkopf-Problem«. Das Wissen um die pathologischen Effekte der Erderwärmung ist demzufolge kulturell durchaus verfügbar, es steht aber nicht im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit, sondern bleibt im Hintergrund und wird nicht handlungswirksam. Nach Giddens lässt sich die Tatenlosigkeit damit erklären, dass Menschen grundsätzlich dazu tendieren, die Zukunft zu diskontieren, d. h. sie bewerten den Nutzen und die Risiken gegenwärtiger Ereignisse höher als den Nutzen und die Risiken zukünftiger Ereignisse. Da die Effekte des Klimawandels in den westlichen Ländern bislang eher marginal erscheinen, spielen die damit einhergehenden Gefahren im kollektiven Bewusstsein kaum eine Rolle, denn sie liegen in einer (fernen) Zukunft. Besonders gravierend zeigt sich die mangelnde Aufmerksamkeit für längerfristige Entwicklungstrends in politischen Handlungszusammenhängen: Die gewählten Repräsentanten orientieren sich im Zuge ihrer politischen Manöver und Entscheidungen an vier- bis fünfjährigen Legislaturperioden. In diesen Zeiträumen kann sich ein Engagement für Klimaschutz nur schwerlich auszahlen, denn innerhalb der zeitlich limitierten Amtsperioden können Politiker kaum unter Beweis stellen, dass durch ihre Maßnahmen sichtbare Verbesserungen erzielt wurden. Messungen sind zwar möglich, aber die kausale Zurückführung auf politische Entscheidungen ist in diesem Bereich nahezu unmöglich. Dieses Problem hängt damit zusammen, dass es hier um evolutionäre Prozesse geht, deren Bestimmungsfaktoren erst nach einigen Jahrzehnten oder Jahrhunderten identifiziert werden können. Entsprechend wird es selbst unter den ökologisch ambitionierten Gruppen kaum eine Partei geben, die für sich reklamieren könnte, dass sie durch ihr gegenwärtiges Handeln Extremwetterereignisse verhindert, die Wasserqualität verbessert, die Treibhausgasemissionen verringert, das Artensterben gelindert oder gar die Erderwärmung gestoppt hat. Im Bereich des Klimaschutzes gibt es neben dem von Ulrich Beck analysierten *Zielkonflikt* zwischen Ökonomie und Ökologie somit auch einen von Giddens verdeutlichten *Zeitkonflikt* zwischen dem politischen und dem biophysischen Zeithorizont.

Vor dem Hintergrund der von Beck und Giddens adressierten Konflikte und in Anbetracht zahlreicher diplomatischer Misserfolge war im Vorfeld der Pariser Weltklimakonferenz also mit guten Gründen davon auszugehen, dass die Konstruktion eines globalen Klimaschutzabkommens auf der Ebene politischer Funktionsebenen ähnlich wie in Kopenhagen 2009 misslingen würde. Meine zentrale Forschungsfrage lautet daher: Welche Ereignisse haben dazu geführt, dass die politische Staatengemeinschaft im Dezember 2015 einen Vertragstext verabschiedet hat, der von einigen Beobachtern sogar als »Wunder von Paris« (Bojanowski 2015) bezeichnet wird?

Um dieses gesellschaftspolitische Rätsel zu lösen, wird im ersten Schritt der folgenden Untersuchung ein differenzierungstheoretischer Analyserah-

men entwickelt («AKSA-Modell»), der eine soziologische Erklärung dieses umweltpolitischen Meilensteins ermöglicht. Mithilfe dieser Heuristik werden im zweiten Schritt empirische Beobachtungen einer ethnografischen Untersuchung zur Pariser Weltklimakonferenz deutend strukturiert. Dabei zeigt sich, dass das »Wunder von Paris« nur durch eine soziologische Analyse des Zusammenwirkens verschiedener Akteurkonstellationen adäquat erklärt werden kann. Der abschließende Ausblick diskutiert Konsequenzen für die weitere Theoriebildung und markiert Einsatzpunkte für mögliche Vertiefungen und Erweiterungen der hier vorgelegten Studie zur größten diplomatischen Versammlung der Menschheitsgeschichte.

2. Clockwork Society: Die Kreuzung und Synchronisation von Akteurkonstellationen

2.1 Die Metapher des Uhrwerks

Die Soziologie hat in ihrer Geschichte verschiedene Metaphern der Gesellschaft herausgebildet. Dazu gehören kulturhistorisch wirkmächtige Bilder wie ›Organismus‹, ›System‹ oder ›Netzwerk‹. Die Ambivalenz solcher Metaphern ergibt sich daraus, dass sie zwar die Aufmerksamkeit auf wichtige Merkmale des Sozialen lenken, dabei aber stets bestimmte Vereinfachungen und Ausschlüsse produzieren (Lüdemann 2004). Mit der hier vorangestellten Gesellschaftsmetapher des Uhrwerks ist das nicht anders (Abbildung 1).



Abb. 1: Chronograph

Es lässt sich zeigen, dass mit dem »Clockwork Society« bestimmte Prozesse in der modernen Gesellschaft auf den Begriff gebracht werden, die im Rahmen der bislang zur Verfügung stehenden Ansätze nur schwer verständlich werden. Gleichwohl ist das Uhrwerk nicht als Universalmetapher zur Dechiffrierung sämtlicher sozialer Phänomene geeignet. Das wäre allein schon deshalb schwierig, weil die Vorstellung bereits auf den ersten Blick mechanistische Assoziationen hervorruft und die »Kreativität des Handelns« (Joas 1992) deutlich unterschätzt. Die Metapher soll im Folgenden jedoch eine Perspektive eröffnen, aus der zwei bislang unterbelichtete Aspekte des Sozialen klarer hervortreten: die sachliche Verschränkung (»Kreuzung«) und zeitliche Koordination (»Synchronisation«) gesellschaftlicher Prozesse. Die Identifizierung dieser beiden Mechanismen ist ein Desiderat aus einem empirischen Forschungsprojekt, das ich gemeinsam mit Hartmut Rosa und Ulf Bohmann durchführe. Im Zentrum des DFG-Projektes »Desynchronisierte Gesellschaft? Politische Herausforderungen an den Schnittstellen des Sozialen« steht die Annahme, dass wir es in der modernen Gesellschaft mit Teilsystemen zu tun haben, die sich im Zuge ihrer Ausdifferenzierungsprozesse in zeitlicher Hinsicht immer stärker voneinander entkoppeln.¹ Bemerkenswert für die hier interessierende Forschungsfrage ist, wie stark die verschiedenen Sphären trotz gegenläufiger Entwicklungen aufeinander bezogen bleiben und wie gut sie im Alltag trotz aller Konflikte aufeinander eingestellt sind. Dieser Befund gilt insbesondere für das Verhältnis zwischen den verschiedenen teilsystemischen Leistungsproduzenten bzw. Funktionseliten der Gesellschaft. Zur Erklärung der überraschenden Ereignisse auf der Weltklimakonferenz bietet es sich daher an, den konventionellen Rahmen der soziologischen Differenzierungstheorie um relationale Komponenten zu erweitern.

Die moderne Gesellschaft wird von vielen sozialwissenschaftlichen Ansätzen als sachlich differenzierte Formation betrachtet. Aus dieser Forschungsperspektive geraten vor allem die Unterschiede zwischen verschiedenen Wertesphären, Feldern, Teilsystemen, Sinnprovinzen bzw. Akteurkonstellationen wie zum Beispiel Politik, Ökonomie, Wissenschaft oder Recht in den Blick.² Sobald diese Vorstellung zur empirischen Erschließung sozialer Phänomene herangezogen wird, drängen sich jedoch Entwicklungen auf, die in dem etablierten Analyserahmen nicht immer mit der gebotenen Klarheit erfasst werden können. Deutungsprobleme entstehen besonders dann, wenn es darum geht, das Verhältnis der gesellschaftlichen Sphären zueinander genauer zu

1 Diese Annahme hat sich in einigen Hinsichten durchaus bestätigt, wie wir andernorts gezeigt haben (vgl. Laux/Rosa 2015, Laux 2016, Bohmann 2017).

2 Für Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen verschiedenen differenzierungstheoretischen Ansätzen vgl. Schimank (2007).

bestimmen. Die Metapher des Uhrwerks ermöglicht in diesem Zusammenhang eine Abweichung von der Vorstellung, dass wir es hier im Sinne von Niklas Luhmann (1997) mit einem Nebeneinander »autopoietischer Systeme« zu tun haben, die sich wechselseitig lediglich »irritieren« können. Stattdessen verweist die Metapher von Anfang an darauf, dass die einzelnen Elemente an bestimmten Punkten ineinandergreifen müssen, um ihre jeweilige Funktion erfüllen zu können. Der soziologische Blick richtet sich damit auf die potenziellen »Kreuzungen« (Latour 2014) der Gesellschaft, also jene Berührungspunkte bzw. Schnittstellen, an denen Protagonisten verschiedener Akteurkonstellationen aufeinandertreffen und sich in ihren Handlungen aufeinander einstellen (müssen).

Darüber hinaus verschiebt die Uhrwerkmetapher noch aus einem zweiten Grund den analytischen Bezugsrahmen der Soziologie. Denn mit ihrer Hilfe gerät der oftmals vernachlässigte Zeitfaktor ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Ähnlich wie die Zahnräder einer Uhr, die sich mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten um ihre eigene Achse drehen, lässt sich die Gesellschaft als ein Ensemble von Akteurkonstellationen mit jeweils eigenen Temporalstrukturen verstehen. Und analog zu einem Uhrwerk müssen die verschiedenen Operationen zeitlich aufeinander eingestellt sein. Sonst kommt es zu Verzögerungen und Diskontinuitäten. Die Einzelteile können ihre Leistung nicht im Alleingang erbringen, eine zeitliche Entkopplung führt daher in aller Regel zu pathologischen Entwicklungen und Funktionsstörungen. Die Metapher sensibilisiert damit den soziologischen Blick für die Zeitdimension der sozialen Praxis und betont die gesellschaftliche Notwendigkeit zur Synchronisation verschiedener Handlungsketten.

2.2 Analyserahmen: Relationale Differenzierungstheorie (»AKSA-Modell«)

Vor dem Hintergrund dieser Gesellschaftsmetapher skizziere ich in der Folge die Grundrisse einer akteurzentrierten und relationalen Differenzierungstheorie. Im Zentrum dieser theoretischen Innovation stehen vier Basiskategorien: »Akteurkonstellation« (Schimank 2010a, 2015), »Kreuzung« (Latour 2014), »Synchronisation« (Brose/Kirschsieper 2014; Laux 2016; Laux/Rosa 2015; Nassehi 2008; Rosa 2005) und »Arena« (Clarke 2005; Lamla 2013; Strauss 1978). Diese Grundbegriffe werden im Folgenden erläutert, aufeinander bezogen und zu einem empirisch einsetzbaren Theoriemodell entwickelt. Diesen Ansatz bezeichne ich aufgrund seiner zentralen Komponenten als »AKSA-Modell«.

(1.) Akteurkonstellationen: In intensiver Auseinandersetzung mit handlungstheoretischen Ansätzen auf der einen Seite und strukturtheoreti-

schen Ansätzen auf der anderen Seite hat Uwe Schimank über zahlreiche Arbeiten hinweg die Grundrisse einer akteurzentrierten Differenzierungstheorie ausbuchstabiert (Schimank 2007, 2009a, 2009b, 2010a, 2010b, 2013, 2014). Im Zentrum seines Ansatzes steht das handelnde Zusammenwirken intentionaler Subjekte in Akteurkonstellationen. Derartige Konstellationen zeichnen sich dadurch aus, dass die einzelnen Akteure über Beobachtungen, Beeinflussungen und Verhandlungen aufeinander bezogen sind. Darüber hinaus sind Konstellationen dadurch gekennzeichnet, dass sie auf die Produktion spezifischer Leistungen ausgerichtet sind. Im Einklang mit der Systemtheorie geht Schimank zum Beispiel davon aus, dass die Politik mit der Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen beschäftigt ist, während die medialen Akteure auf die Verbreitung von Neuigkeiten, die wirtschaftlichen Akteure auf die Produktion von Mehrwert und die wissenschaftlichen Akteure auf die Generierung von Erkenntnissen abzielen. Daraus ergibt sich das Bild einer polyzentrischen Gesellschaft, in der sich etwas weniger als ein Dutzend Akteurkonstellationen herausgebildet haben. Der besondere Vorzug von Schimanks Ansatz besteht nun darin, dass er differenzierungstheoretische Einsichten einbauen kann, ohne sich dabei automatisch die Kosten einer systemtheoretischen Modellierung aufzuladen. Entsprechend kann er am Ende seiner Suchbewegung eine theoretische Heuristik anbieten, die sich durch ihre Orientierung am handelnden Zusammenwirken von Akteuren (Individuen, Organisationen oder Nationen) empirisch vergleichsweise einfach und gewinnbringend einsetzen lässt.

Schimanks Modell weist in seiner bisherigen Form allerdings eine Leerstelle auf, welche für die dominanten Ausprägungen der soziologischen Differenzierungstheorie typisch ist: Der Fokus liegt bei den Ereignissen und Struktur dynamiken innerhalb von bestehenden Akteurkonstellationen. Praktische Berührungspunkte oder wechselseitige Leistungsbeziehungen zwischen verschiedenen Konstellationen werden hingegen weitgehend ausgeblendet. Schimank ist zwar an Prozessen der »Intrusion« (Bourdieu 1996; Schimank/Volkman 2008; Volkman/Schimank 2006) interessiert, also an fremdco-dierten Übergriffen, bei denen die Autonomie einer Konstellation mit ihrem zentralen Leitwert durch die Expansion einer anderen Konstellation unter Anpassungsdruck gerät. Die damit einhergehende Aufmerksamkeit für exzeptionelle Intrusionen wie die kapitalistisch geprägte Ökonomisierungsdynamik müsste in Zukunft jedoch um eine vertiefte Analyse der *alltäglichen* Abstimmungsprozesse zwischen politischen, medialen, ökonomischen oder wissenschaftlichen Akteuren ergänzt werden. An dieser Stelle wird somit eine erste Erweiterung des differenzierungstheoretischen Bezugsrahmens erforderlich, um jene Kommunikationsbeziehungen zwischen gesellschaftlichen Akteurkonstellationen besser in den Blick zu bekommen, für die sich die vorliegende Analyse interessiert.

(2.) Kreuzung: In seinem gesellschaftstheoretischen Hauptwerk »Existenzweisen. Eine Anthropologie der Modernen« (2014) hat der französische Soziologe Bruno Latour einen Vorschlag gemacht, der zur Bewältigung der gerade identifizierten Forschungslücke herangezogen werden kann. Im Zentrum von Latours Neubeschreibung der modernen Gesellschaft steht nämlich der Versuch, das Soziale von seinen »Kreuzungen« her zu denken. Latour zählt insgesamt fünfzehn verschiedene »Existenzweisen«, die zur Aufrechterhaltung ihrer Operationen wechselseitig aufeinander angewiesen sind. So sind wissenschaftliche auf rechtliche, politische auf technische oder religiöse auf fiktionale Leistungen angewiesen. Man muss an dieser Stelle gar nicht tiefer in Latours Begriffsuniversum eintauchen, um den heuristischen Mehrwert der damit eröffneten Perspektive zu erkennen. Mit Latour lässt sich kaum noch ein soziales Ereignis vorstellen, bei dem es nicht zur Verflechtung verschiedener Akteurkonstellationen kommt. Politische, rechtliche, wissenschaftliche oder ökonomische Akteure sind aus dieser Perspektive bei der Produktion ihrer genuinen Leistungen konstitutiv aufeinander angewiesen und müssen daher in ihren Wechselbeziehungen untersucht werden, will man gesellschaftliche Formationen verstehen. Vor diesem Hintergrund lässt sich Schimanks akteurzentrierte Differenzierungstheorie um die Kategorie der Kreuzung erweitern. Dadurch wird es möglich, situative oder institutionalisierte Koordinationsmechanismen zu untersuchen, bei denen sich die einzelnen Konstellationen aufeinander einstellen bzw. miteinander in Konflikt geraten.

(3.) Synchronisation: Wenn sich verschiedene Akteurkonstellationen beobachtend, beeinflussend oder verhandelnd aufeinander einstellen und sich auf diese Weise in ihren Leistungsproduktionen unterstützen oder behindern, dann haben diese Adaptionsvorgänge nicht nur eine sachliche, sondern auch eine zeitliche Komponente, die weder bei Latour noch bei Schimank eine systematische Rolle spielt. Da die Zeitdimension für die Analyse des Weltklimagipfels von besonderer Bedeutung ist und in der Soziologie eher wenig Aufmerksamkeit genießt, werde ich auf diesen dritten Theoriebaustein nun ausführlich eingehen.

Der Zeitfaktor taucht zwar in den klassischen Differenzierungstheorien von Max Weber, Émile Durkheim oder Talcott Parsons an verschiedenen Stellen auf, er wird jedoch nicht zum Gegenstand systematischer Auseinandersetzungen. Die Bedeutung von Zeitstrukturen für die gesellschaftliche Praxis wird unterschätzt. Entsprechend kommen auch die daran anknüpfenden empirischen Studien weitgehend ohne Zeitbezug aus. Dieser Mangel wird erst mit den vielfältigen Abhandlungen Niklas Luhmanns zum Thema Zeit

beseitigt.³ Als systemtheoretischer Beobachter stößt Luhmann auf gesellschaftliche Funktionssysteme, die simultan operieren. Angesichts der »Gleichzeitigkeit des Verschiedenen« in der funktional differenzierten Gesellschaft arbeitet er heraus, dass eine wechselseitige Beeinflussung zwischen gleichzeitig ablaufenden Operationen nur sequenziell, also nachträglich möglich ist (Luhmann 1997: 94, 101, 116). Luhmanns Konzeptualisierung des Zeitfaktors ist für die Zwecke der vorliegenden Untersuchung von zentraler Bedeutung, muss aber an mindestens zwei Stellen ergänzt werden.

Zum einen vernachlässigt Luhmann die Frage nach den Eigenzeiten gesellschaftlicher Funktionssysteme. Er geht davon aus, dass »Gehirne, Bewußtseinssysteme und Kommunikationssysteme unterschiedliche Ereignissequenzen und damit auch unterschiedliche Operationsgeschwindigkeiten« (Luhmann 1997: 115) aufweisen. Die Leserinnen erfahren aber nichts darüber, welche spezifischen Zeitstrukturen dabei herausgebildet werden. Anstelle einer Auseinandersetzung mit den *zeitlichen* Differenzen zwischen Politik, Ökonomie, Recht oder Religion konzentriert er sich fast ausschließlich darauf, die *sachlichen* Differenzen anhand von »binären Codes«, »Funktionen«, »Leistungen«, »Kommunikationsmedien« oder »Programmen« genauer zu bestimmen.

Darüber hinaus bleibt in Luhmanns Differenzierungstheorie eine zweite interessante Frage offen, nämlich die, wie das Verhältnis zwischen sachlich verschiedenen und zeitlich simultanen Systemen in der Praxis organisiert wird. Es wäre immerhin zu erwarten, dass in jenen Fällen, in denen die Teilsysteme bei ihrer Funktionserfüllung aufeinander angewiesen sind, bestimmte Koordinations-, Abstimmungs- bzw. Anpassungsmechanismen am Werk sind. Entsprechend wäre an den Schnittstellen mit der Herausbildung intermediärer Adressen, Institutionen oder Organisationen zu rechnen. Doch Luhmann scheint sich für solche Ereignisse nicht sonderlich zu interessieren, aus seiner Sicht sind zwischen den Systemen offenbar keine Störungen oder Krisen zu erwarten. Stattdessen setzt er im Rahmen eines harmonistisch anmutenden Gleichgewichtsmodells voraus, dass die verschiedenen Funktionssysteme dazu in der Lage sind, sich an wechselnde Umweltzustände anzupassen. Prozesse der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung und autopoietischen Schließung gehen ganz automatisch mit der Einrichtung einer Umweltbeziehung einher: »Insofern ist jedes System immer schon angepaßt an seine Umwelt (oder es existiert nicht)« (Luhmann 1997: 101). Die verschiedenen Systeme sind demzufolge »vorweg aufeinander abgestimmt, um dann unbemerkt koordiniert funktionieren zu können« (Luhmann 1997: 106).

3 Für eine akribische Zusammenschau von Niklas Luhmanns differenzierungstheoretisch ausgerichteten Bemerkungen zur Zeitdimension vgl. Brose/Kirschsieper (2014).

Im Anschluss an Luhmann und über ihn hinaus erscheint es für die Zwecke der hier verfolgten Forschungsfrage sinnvoll, diese »unbemerkte« Koordination der Funktionssysteme theoretisch und empirisch genauer zu betrachten. Dazu bietet sich ein Rückgriff auf die Arbeiten von Armin Nassehi und Hartmut Rosa an. Gemeinsam ist beiden Ansätzen, dass sie in ihren Überlegungen trotz unterschiedlicher Ausgangs- und Fluchtpunkte auf den zentralen Begriff der »Synchronisation« gestoßen sind. Ich möchte im Folgenden ihre Beiträge in der hier gebotenen Kürze rekonstruieren und sie für meine Fragestellung weiterentwickeln.

Armin Nassehi hat im Dialog mit sozialphänomenologischen, pragmatistischen und praxistheoretischen Ansätzen über verschiedene Arbeiten hinweg dazu beigetragen, die operativen Grundlagen der Systemtheorie zu explizieren. In Auseinandersetzung mit Autoren wie Edmund Husserl und Niklas Luhmann zielt Nassehi mit seiner Monografie »Die Zeit der Gesellschaft« (2008) auf eine sozialtheoretische Erneuerung der Soziologie. Über das Konzept der »Ereignistemporalität« sozialer Systeme gelangt er zu einer radikal verzeitlichten Perspektive auf die Gesellschaft als Horizont sozialer Prozesse. Das hat Konsequenzen für die soziologische Analyse. Zum einen erscheinen Prozesse der sozialen Ordnungsbildung nun als voraussetzungsvoll und störungsanfällig, so dass die Frage nach der operativen Reproduktion des Sozialen in den Vordergrund rückt. Zum anderen gelangt Nassehi durch die Analyse des Zeitfaktors zur Beschreibung einer »Gesellschaft der Gegenwart« (Nassehi 2011), in der Unterschiedliches gleichzeitig geschieht: »Die Zeit der Moderne zeichnet sich also nicht allein durch die lineare Zeit mit offener Zukunft aus, sondern durch die Differenz der systemischen Eigenzeiten« (Nassehi 2008: 317). Dieser Gesellschaft fehlt ein kollektiv geteilter Zeithorizont, sie zeichnet sich stattdessen durch eine »Differenzierung von temporalen Programmen, Perspektiven und Horizonten« (Nassehi 2008: 11) aus. Anders als Luhmann betrachtet Nassehi das simultane Nebeneinander verschiedenartiger Operationsketten aber nicht als bloße Faktizität, die keine weiteren Probleme aufwirft, sondern als Herausforderung, die nach praktischen Lösungen verlangt. Er zeichnet das Bild einer funktional differenzierten Gesellschaft, in der »sich unterschiedliche Zeitregimes nebeneinander etablieren und damit ein spezifisches temporales Problem hervorbringen, das Problem der Synchronisation nämlich« (ebd.).

Nassehi führt nicht genauer aus, welche konkreten Probleme zu erwarten sind, wenn Synchronisationsvorgänge misslingen. Anstelle einer Auseinandersetzung mit pathologischen Zeitstrukturen konzentriert er sich auf eine genauere Bestimmung des Synchronisationsvorgangs selbst: »Synchronisation heißt also in diesem Fall: Man kann kalkulieren, wann was geschieht, wann in der Zeitdimension etwas geschieht und wie man die eigenen Zeitpläne darauf einzustellen hat.« (Nassehi 2008: 309). Synchronisation ist für

Nassehi kein Automatismus, sondern eine aktiv hervorgebrachte Leistung, die stets mit dem Risiko des Scheiterns behaftet ist. Entsprechend müssen »Synchronisation und Gleichzeitigkeit als zwei unterschiedliche Sachverhalte [begriffen werden]: Zwar sind sich System und Umwelt stets in einem Verhältnis der Gleichzeitigkeit gegeben, doch ist damit das Problem einer *zeitlichen* Abstimmung *sachlich* differenter Systemprozesse noch gar nicht berührt« (Nassehi 2008: 307). Bei der Betrachtung von Synchronisationsvorgängen geht es um die Frage, wie die Gesellschaft mit der unhintergehbaren Erfahrung der Gleichzeitigkeit umgeht: »Sowohl innerhalb teilsystemspezifischer Kommunikation als auch vor allem zwischen ihnen kommt es in der modernen Gesellschaft stets zu temporalem Abstimmungsbedarf, den man aktiv befriedigen muß, weil er sich nicht von selbst einstellt« (Nassehi 2008: 314).⁴ Die zeitliche Koordination von Ereignissen ist kein exzeptioneller Einzelfall, sondern alltägliche Aufgabe. Nassehi spricht an einer Stelle sogar von einer »permanente[n] Notwendigkeit der synchronisierenden Abstimmung zwischen Systemprozessen« (Nassehi 2008: 315).⁵

Auf der Grundlage seiner Überlegungen zum Synchronisationsproblem formuliert Nassehi zwei interessante Forschungshypothesen. Erstens ist er offenkundig fest davon überzeugt, dass eine empirische Analyse den von ihm postulierten Zeitunterschied bestätigen wird:

»Daß sich in der modernen Gesellschaft eine temporale Asymmetrie zwischen Politik und Gesellschaft (aber auch: zwischen Wirtschaft und Gesellschaft, Familie und Gesellschaft etc.), systemtheoretisch gesprochen: zwischen Systemen und (gesellschaftsinterner) Umwelt zeigt, scheint mir eine empirisch kaum widerlegbare Tatsache zu sein.« (Nassehi 2008: 16)

4 Unklar bleibt hier freilich, wer dieses »man« sein könnte, von dem Nassehi berichtet.

5 Nassehi lässt offen, welche Rückwirkungen dadurch für die involvierten Systeme mit ihren primären Codes und Programmstrukturen zu erwarten sind. Welche Effekte haben Umstellungen in der Zeitdimension auf die sachlichen, sozialen oder räumlichen Koordinaten der Teilsysteme? Nassehi gibt diesbezüglich lediglich den folgenden Hinweis: »Indem die Gesellschaft in mannigfaltige Differenzen zerfällt, entstehen vielfältige zeitliche Orientierungen und Perspektiven, die zumindest technisch miteinander verknüpft werden müssen« (Nassehi 2008: 311). Was aber ist unter einer »technischen Verknüpfung« zu verstehen? An dieser Stelle wären immerhin zwei Extrempositionen möglich: Entweder genügt es für eine technische Verknüpfung der Zeithorizonte, wenn die zu synchronisierenden Systeme ihre Zeitpläne vor dem Hintergrund eines gemeinsamen Instruments zur Zeitmessung (=Uhrzeit) aufeinander abstimmen, ohne dass sich daraus strukturelle Rückkopplungseffekte für das System ergeben. Oder wir bekommen es mit sozialen Systemen zu tun, deren technische Verknüpfung sich nicht nur durch eine zeitliche Synchronisation, sondern auch durch eine sachliche Kreuzung der Operationen ausdrückt. Damit stünde er dann Latour (2014) plötzlich sehr nahe.

Und zweitens geht er davon aus, dass der Synchronisationsbedarf mit zunehmendem Differenzierungsgrad der Teilsysteme ansteigt, so dass er ab einem gewissen Punkt nicht mehr befriedigt werden kann:

»Sobald ein System Teilsysteme bildet, entstehen unterschiedliche Ereignistemporalitäten, die operativ voneinander durch Systemgrenzen getrennt sind. Je unterschiedlicher die semantischen Operationsweisen voneinander sind und je weniger das, was in dem einen System geschieht, für das andere transparent ist, um so differenziertere Eigenzeiten und Zeithorizonte bilden sich nebeneinander aus und umso unwahrscheinlicher wird ein gemeinsamer temporaler Horizont, der die Systemgeschichten miteinander synchronisieren kann.« (Nassehi 2008: 242)

Nassehis Überlegungen zum Synchronisationsbegriff sind für die hier interessierende Forschungsfrage äußerst hilfreich, theoretische und empirische Unbestimmtheiten machen jedoch eine vertiefende Weiterentwicklung seines Ansatzes notwendig. In theoretischer Hinsicht wird nicht immer deutlich, auf welcher Modellebene der Synchronisationsbegriff anzusiedeln ist. So spielt der Begriff nicht nur bei der Beschreibung teilsystemischer Beziehungen eine Rolle, sondern auch bei der Kennzeichnung systeminterner Prozesse sowie für die Beziehung zwischen individuellen Lebenslagen und sozialen Ansprüchen (Nassehi 2008: 323). Auch unterscheidet Nassehi nicht zwischen verschiedenen Formen der Synchronisation, obwohl es für die Praxis einen gravierenden Unterschied macht, ob der Radius, das Tempo, die Sequenz oder die Dauer von Ereignissen zeitlich koordiniert werden (vgl. dazu ausführlich: Laux/Rosa 2015). Für den Einsatz in der empirischen Sozialforschung fehlt also eine Operationalisierung des Zeitfaktors. Eine genauere Untersuchung hält er zwar für wichtig und sinnvoll: »Die erkenntnisleitende Frage lautet also, wie eine Gesellschaft mit der Gleichzeitigkeit von Verschiedenem umgeht und wie sachlich unterschiedliche Ereignisreihen synchronisiert werden« (Nassehi 2008: 243). Doch er selbst kann dieses soziologische Rätsel nach eigener Einschätzung nicht auflösen:

»Mit dem hier explizierten Strukturrahmen der modernen Zeithandhabung ließe sich eine Forschung initiieren, die die Zeitstruktur der einzelnen funktionalen Teilsysteme, aber auch von anderen Sozialsystemen wie vor allem Organisationen zu untersuchen hätte. Es käme darauf an, die Eigenzeiten solcher Systeme im Hinblick auf ihre Synchronisation mit anderen Eigenzeiten zu untersuchen. Dies kann hier aus Raumgründen nicht weiter verfolgt werden.« (Nassehi 2008: 316)

Während Nassehi den Synchronisationsprozess zwischen Teilsystemen als Bezugsproblem in der Systemtheorie verankert, geht es Hartmut Rosa im Anschluss an die Traditionsbestände der Frankfurter Schule um eine soziologisch gehaltvolle Kritik an den modernen Zeitverhältnissen und dem damit

verbundenen Beschleunigungsdruck. Rosa unternimmt im Grunde keinen Versuch, den Synchronisationsbegriff definatorisch einzuhegen. Er vertraut stattdessen auf die unmittelbare Evidenz des Begriffs und adressiert damit ähnlich wie Nassehi Vorgänge in verschiedenen Dimensionen des Sozialen (zwischen Individuum und Gesellschaft, zwischen Generationen, zwischen Bevölkerungsgruppen, zwischen Struktur und Kultur oder zwischen Teilsystemen). Im Einklang mit Nassehi – und über Luhmann hinaus – geht er davon aus, dass in der modernen Gesellschaft eine Notwendigkeit für aktive Synchronisationsleistungen entsteht:

»Die kollektive Natur der je konkreten Zeitmuster ergibt sich dabei insbesondere aus dem Synchronisationsbedarf. Wir müssen unser Handeln stets an den komplementären Aktivitäten und Zeitmustern unserer Kooperationspartner orientieren und wenigstens temporäre Synchronisation sicherstellen – was in funktional differenzierten Gesellschaften unvermeidlich zu einer hohen Zahl kleinerer und größerer Wartezeiten auf der einen Seite und zu entsprechenden Erscheinungen von Zeitdruck auf der anderen Seite führt.« (Rosa 2005: 34)

Für Rosa sind Prozesse der Synchronisation (oder genauer: der *Desynchronisation*) vor allem im Verhältnis zwischen Politik und Gesellschaft von soziologischer Bedeutung:

»Als zentrale temporalspezifische Schwierigkeit demokratischer Politik erweist sich daher die Tatsache, dass eine partizipative und deliberative Willensbildung unter Einbeziehung einer weitgefassten demokratischen Öffentlichkeit nur unter spezifischen sozialen Bedingungen und nur sehr beschränkt beschleunigungsfähig ist. Die Aggregation und Artikulation kollektiver Interessen und die demokratische Entscheidungsfindung sind und bleiben zeitintensiv – demokratische Politik ist deshalb in hohem Maße der Gefahr ihrer Desynchronisation gegenüber stärker beschleunigungsfähigen sozialen und ökonomischen Entwicklungen ausgesetzt.« (Rosa 2006: 395)

Der soziale Zustand der Desynchronisation droht gemäß dieser Problemdiagnose immer dann, wenn die Beschleunigungsfähigkeit in der modernen Gesellschaft ungleich verteilt ist. Rosa arbeitet heraus, was auf dem Spiel steht, wenn es entgegen der systemtheoretischen Gleichgewichtsannahmen bei Luhmann zu einer zeitlichen Drift der Akteurkonstellationen kommt:

»Gegenwärtig bringt die beobachtete Desynchronisation die Politik immer öfter in die Gefahr, anachronistische Entscheidungen zu treffen, die zum Zeitpunkt ihrer Implementierung von der sozialen Wirklichkeit – man denke etwa an Fragen der Stammzellforschung oder des Klonens, oder an Rechtsfragen bezüglich des Informationstransfers im Internet – bereits überholt sind.« (Rosa 2006: 409)

Durch die von ihm beobachtete zeitliche Entkopplung zwischen der Politik und ihrer gesellschaftlichen Umwelt sieht Rosa das »Projekt der Moderne« (Habermas 1990) in Gefahr, also die Möglichkeit zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft. Er geht sogar davon aus, »dass die in der Moderne konstitutiv angelegte soziale Beschleunigung in der Spätmoderne einen kritischen Punkt übersteigt, jenseits dessen sich der Anspruch auf gesellschaftliche Synchronisation und soziale Integration nicht mehr aufrechterhalten lässt« (Rosa 2006: 49 f.).

Der Mehrwert von Rosas Pathologiediagnose für die vorliegende Untersuchung liegt nun darin, dass er in aller Deutlichkeit auf die gesellschaftlichen Kosten misslingender Synchronisationsvorgänge aufmerksam macht. Außerdem verweist er in diesem Zusammenhang auf die besonderen Gefahren an der Schnittstelle zwischen Politik und gesellschaftlicher Umwelt. Damit verleiht er der Synchronisationsfrage eine gesellschaftliche Dringlichkeit und Bedeutung, die weit über den Spezialdiskurs der akademischen Wissenschaft hinausweist. Gleichwohl bleibt am Ende unklar, wie eine Resynchronisation von Politik und Gesellschaft in seinen Augen zu bewerkstelligen wäre. Rosa entfernt sich mit seiner Beschleunigungstheorie so weit von Luhmanns Gleichgewichtsvorstellungen, dass *gelingende* Formen der zeitlichen Koordination bei ihm kaum noch denkbar sind. Aufgrund der bei Rosa und Nassehi markierten Probleme muss es im Folgenden darum gehen, die Synchronisationsvorgänge zwischen verschiedenen Akteurkonstellationen empirisch in den Blick zu bekommen. Dazu wird der differenzierungstheoretische Bezugsrahmen nun um eine vierte und letzte Kategorie erweitert.

(4.) **Arena:** Im Anschluss an die vorangegangene Auseinandersetzung mit den Theoremen von Schimank, Latour, Nassehi und Rosa stellt sich die Forschungsfrage, wie und wo die Kreuzung und Synchronisation verschiedener Akteurkonstellationen empirisch untersucht werden kann. Um die gesellschaftstheoretisch modellierte Beziehung in der Praxis zu beobachten, greife ich nun auf einen Ansatz zurück, der von Anselm Strauss (1978) entwickelt, von Adele Clarke (2005) präzisiert und von Jörn Lamla (2012, 2013) in jüngster Zeit weiterentwickelt wurde. Die Theorie sozialer Welten und Arenen geht von einer sachlich differenzierten Gesellschaft aus, in der sich sinnhaft strukturierte Handlungszusammenhänge herausbilden:

»The gist of social worlds/arenas is that social life is organized through our commitments to various collectivities. These can be families, disciplines, communities, organizations, you know, various kinds of hobby groups.« (Clarke 2014: 25)

Im Zentrum der interaktionistischen Theorieanlage stehen kollektive Handlungszusammenhänge auf unterschiedlichen Skalenniveaus, die als »social worlds« bezeichnet werden. Strauss schlägt damit ein Konzept vor, das dem

Begriff der Akteurkonstellation von Schimank in vielerlei Hinsicht ähnelt. Die daraus resultierenden Überschneidungen und Differenzen werden an dieser Stelle jedoch nicht genauer vertieft, denn hier geht es lediglich um die Ergänzung des bisherigen Modells der Akteurkonstellationen um das räumlich zu verstehende Konzept der Arena:

»An arena happens where multiple worlds intersect, where their interests intersect. And the intersecting worlds may and usually do have contrasting and sometimes contradicting interests in terms of what they want to accomplish.« (Clarke 2014: 36)

Strauss begreift Arenen somit als konkrete Orte, an denen Protagonisten verschiedener Welten mit divergierenden Interessen aufeinanderprallen. Die in Arenen erzeugte räumliche Kopräsenz der Akteure hat anders als in der Systemtheorie Folgen für die beteiligten Welten, denn die Theorie geht davon aus, dass in solchen Arenen intensive Prozesse der Koordination und Verhandlung stattfinden, in denen soziale Ordnung gebildet, angepasst oder zerstört wird. Strauss (1978) spricht in diesem Zusammenhang auch von »negotiated orders«. Um nun die Abläufe und Ereignisse in einer konkreten Arena der Gesellschaft zu erklären, muss die Soziologie das Zusammenspiel der am Ordnungsprozess beteiligten Protagonisten aus verschiedenen sozialen Welten erfassen: »To really understand the arena, you would want to understand both how those worlds are organized in themselves and in interaction with one another.« (Clarke 2014: 27)

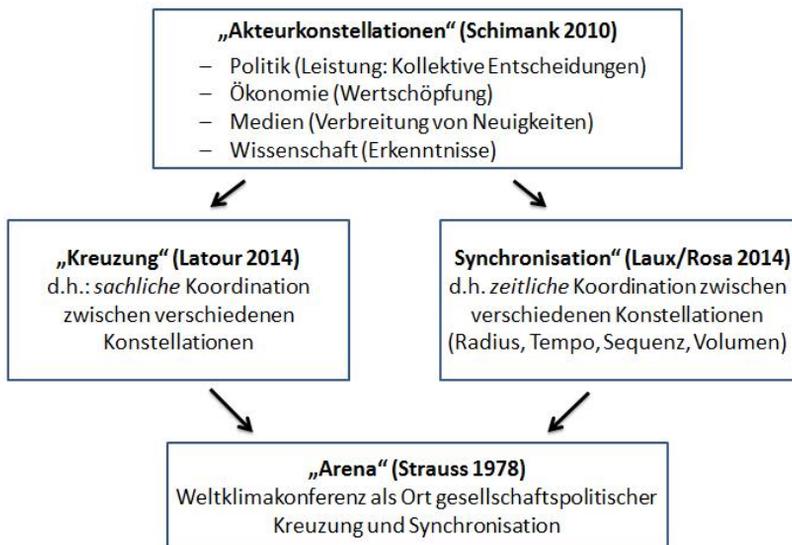


Abb. 2: Differenzierungstheoretischer Bezugsrahmen (AKSA-Modell)

Mit dem Konzept der Arena ist der letzte wichtige Baustein dieser relationalen und raumzeitlich erweiterten Differenzierungstheorie vorgestellt (vgl. Abb. 2). Aus der Kombination der vier Basiskategorien »Akteurkonstellation«, »Synchronisation«, »Kreuzung« und »Arena« ergibt sich ein akteurzentrierter Analyserahmen (kurz: AKSA-Modell), der zur empirischen Analyse der Ereignisse auf der Pariser Weltklimakonferenz herangezogen werden kann. Im Zentrum dieser explorativen Studie steht dabei der Einfluss von ökonomischen Wertschöpfungsketten, medialen Nachrichtenproduktionen, wissenschaftlichen Erkenntnissen und religiösen Verlautbarungen auf den politischen Entscheidungsprozess in Paris.

3. Weltklimakonferenz als Arena gesellschaftlicher Kreuzung und Synchronisation

Die folgende Analyse basiert auf einer zweiwöchigen Ethnografie bei der Weltklimakonferenz in Paris vom 30. November bis 12. Dezember 2015. Um als wissenschaftlicher Beobachter an der Konferenz teilnehmen zu dürfen, ist ein mehrmonatiger Registrierungsprozess erforderlich, da nur offizielle Abgesandte akkreditierter Organisationen eine Zugangsberechtigung erhalten. Interessierte Privatpersonen haben somit keine Chance auf eine Konferenzteilnahme. Es gibt zahlreiche zivilgesellschaftliche Demonstrationen und Aktionen im öffentlichen Raum von Paris, aber diese finden außer Sicht- und Hörweite der Gipfelteilnehmerinnen statt. Die vertikale Kluft zwischen der Zivilgesellschaft und den Funktionseleiten wird dadurch vertieft, dass sich Paris zum Zeitpunkt der Konferenz im Ausnahmezustand befindet, da es einige Tage zuvor am Stade de France sowie im Konzertclub Bataclan islamistische Terroranschläge mit zahlreichen Todesopfern gegeben hatte. Einige Arrondissements gleichen daher einem Hochsicherheitstrakt und das Flughafengelände von Le Bourget, auf dem der Klimagipfel stattfindet, ist militärisch von der Außenwelt abgeriegelt.

Abgesehen von den gerade skizzierten Schwierigkeiten im unmittelbaren Vor- und Umfeld der Weltklimakonferenz ist der Feldzugang außergewöhnlich gut. Mit meinem orangefarbenen »Observer«-Ausweis kann ich mich innerhalb der »Konferenzblase« erstaunlich frei zwischen den verschiedenen Stakeholdern bewegen. Bis auf wenige Ausnahmen erhalte ich Zugang zu sämtlichen Verhandlungen und Veranstaltungen. Auf diese Weise kann ich über zwei Wochen hinweg Erkenntnisse über die Arbeitsbeziehungen zwischen Journalisten, Aktivistinnen, Lobbyisten, Diplomaten, Forscherinnen und Kirchenvertreter sammeln. Zur empirischen Verdichtung der ethnografischen Beobachtungen greife ich auf Dokumentenanalysen und Experteninterviews zurück.

Auf Basis dieses qualitativen Forschungsdesigns habe ich in Paris fünf zentrale Akteurkonstellationen angesteuert und genauer beobachtet: Politik, Ökonomie, Medien, Wissenschaft und Religion. Die Leithypothese der folgenden Analyse lautet, dass die Genese des Abkommens nicht zu verstehen ist, wenn lediglich der politische Verhandlungsprozess im engeren Sinne betrachtet wird. Vielmehr lässt sich dieser überraschende Erfolg nur mit der sachlichen Kreuzung und zeitlichen Synchronisation der genannten Akteurkonstellationen in der diplomatischen Arena von Paris erklären.

3.1 Wissenschaftliche Akteure: Die Verlängerung des politischen Zeithorizonts

Die Generierung kollektiv verbindlicher Entscheidungen orientiert sich an formalisierten Verfahren und eingeschliffenen Routinen, die sich innerhalb der politischen Akteurkonstellation herausgebildet haben. Gleichwohl ist der politische Prozess keineswegs autark. Das zeigt sich etwa daran, dass kaum eine politische Initiative ohne die Hinzuziehung wissenschaftlicher Expertisen auskommt. Im Bereich der Klimadiplomatie ist dieses Abhängigkeitsverhältnis besonders stark ausgeprägt. Jede Studie zur Arena der Weltklimakonferenz muss daher unvollständig bleiben, wenn sie die Kreuzung zwischen Politik und Wissenschaft ignoriert. Der immense Einfluss wissenschaftlicher Experten lässt sich im finalen Vertragstext etwa daran ablesen, dass in verschiedenen Paragraphen darauf hingewiesen wird, dass politische Maßnahmen stets »auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse« zu treffen seien (Präambel, § 4, § 7, § 14). Die darin zum Ausdruck kommende Verflechtung der Leistungsproduktionen von Wissenschaft und Politik hängt vor allem mit der historisch gewachsenen Sonderrolle des Weltklimarates (Intergovernmental Panel on Climate Change, kurz: IPCC) zusammen.

Der IPCC wurde 1988 auf Initiative des UN-Umweltprogramms (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) als unabhängiges Expertengremium gegründet. Die Sachstands- und Sonderberichte des IPCC beruhen auf der weltweit veröffentlichten Forschungsliteratur. Aus den Berichten, die alle fünf Jahre erscheinen und einen Umfang von mehr als 3.000 Seiten aufweisen, werden sehr viel kürzere Zusammenfassungen destilliert, die sich unmittelbar an die politischen Entscheidungsträger richten (summary for policymakers). Die Mitarbeit an den Berichten ist ehrenamtlich, Wissenschaftlerinnen aus allen Weltregionen sind an der Arbeit beteiligt und die Autorenteams werden für jeden Bericht neu zusammengestellt. Dadurch sollen Vorbehalte gegen die Objektivität der Befunde vonseiten einzelner Staaten ausgeräumt werden. Angestrebt wird eine breite politische

Akzeptanz, denn die Berichte sollen eine möglichst unstrittige Grundlage für klimapolitische Entscheidungen sein. Der erste Sachstandsbericht des IPCC wurde im Jahr 1990 publiziert und gilt als Geburtsstunde der Weltklimakonferenzen, denn darin wird die Staatenwelt erstmals dazu aufgefordert, eine politische Lösung zu finden, um dem Klimawandel mit seinen pathologischen Effekten entgegenzuwirken: »Ohne die Initiative des IPCC wären wir alle gar nicht hier«, konstatiert daher auch ein Delegierter aus Saudi-Arabien in einem Statement am dritten Tag der Pariser Verhandlungen. Die UN-Generalversammlung folgte damals nämlich dem Vorschlag des IPCC und erarbeitete eine Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, kurz: UNFCCC), die 1992 beim Erdgipfel in Rio de Janeiro von den UN-Staaten angenommen wurde. Mit der UNFCCC verpflichten sich die Staaten erstmals in der Geschichte dazu, die anthropogene Zerstörung des planetarischen Klimas zu verhindern, die globale Erderwärmung zu verlangsamen und die daraus entstehenden Folgen abzumildern. 1995 tritt dann in Berlin die erste Weltklimakonferenz zusammen (»Conference of the Parties«, kurz: COP). Seitdem hat jedes Jahr eine Weltklimakonferenz stattgefunden (flankiert von unzähligen kleineren Konferenzen, Arbeitsgruppentreffen und Workshops), bei der die Staaten in diplomatischen Verhandlungen darum ringen, aus den deutungsoffenen Formulierungen der UNFCCC konkrete Politikziele und verbindliche Maßnahmen abzuleiten.⁶

Die Gruppe der Wissenschaftler ist auf der Konferenz äußerst präsent, Forscher aus verschiedenen Disziplinen sind als Beobachter akkreditiert und präsentieren am Rande der Verhandlungen ihre Forschungsergebnisse. Um den Kommunikationsfluss zwischen Wissenschaft und Politik institutionell auf Dauer zu stellen, hat sich auf den Konferenzen eine Interessensvertretung für Wissenschaftler mit kleinem Büroraum, Lenkungsausschuss, regelmäßigen Treffen und eingeschränktem Rederecht etabliert (Research and Independent Non-Governmental Organisations, kurz: RINGOs).⁷ Viele

6 Bis zum Pariser Abkommen war das wichtigste Desiderat der Weltklimakonferenzen sicherlich die Erweiterung der UNFCCC durch die Verabschiedung des Kyoto-Protokolls im Jahr 1997, da so zum ersten Mal völkerrechtlich verbindliche Ziele für die Reduktion von Treibhausgasemissionen festgelegt wurden. Die Durchschlagskraft des Protokolls ist freilich begrenzt, da große Industrienationen wie die USA eine Ratifizierung bis heute ablehnen, während bedeutende Schwellenländer wie China oder Indien gar nicht von den Regelungen des Protokolls erfasst werden.

7 In ähnlicher Weise haben sich bei den Weltklimakonferenzen ständige Interessensvertretungen der Umweltschutzorganisationen (ENGOS), der Wirtschaftsunternehmen (BINGOs), der Gewerkschaften (TUNGOs), der Jugend (YOUNGOs), der Städte und Kommunen (LGMAAs), der indigenen Völker (IPOs) sowie der Frauen und Geschlechter (WGCs) gebildet.

Wissenschaftler erfüllen zudem eine beratende Funktion als offizielle Mitglieder der nationalen Verhandlungsdelegationen. Über diese institutionellen und personellen Verflechtungen hinaus sind vor allem die konkreten Inhalte der politischen Auseinandersetzung maßgeblich durch den klimawissenschaftlichen Expertendiskurs geprägt. Die Tatsache, dass auf der Pariser Konferenz über das Ziel verhandelt wurde, die Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen und zur Erreichung dieses Ziels weitreichende Maßnahmen zur CO₂-Reduktion in der Atmosphäre einzuleiten, ist dem starken Einfluss des IPCC zu verdanken. Den Mitgliedern des Weltklimarats ist es in den letzten Jahren im Dialog mit der Politik nicht nur gelungen, die Regierungen davon zu überzeugen, dass sich das irdische Klima durch menschliche Einflüsse verändert, sondern auch, dass durch diesen Wandel pathologische Entwicklungen in Gang gesetzt werden, die aufgrund der planetarischen Pfadabhängigkeiten nach möglichst unverzüglichen Gegenmaßnahmen verlangen. Das in Paris verabschiedete Abkommen zeigt, dass die Klimawissenschaft mit ihren Messdaten und Computermodellen plausibel machen konnte, dass beim Erreichen einer bestimmten Durchschnittstemperatur eine Kettenreaktion einsetzt, die zum irreversiblen Abschmelzen der Gletscher, zum Anstieg der Meeresspiegel sowie zur Zunahme von Stürmen und anderen Extremwetterereignissen führen würde. Diese wissenschaftlich generierten Szenarien werden im Pariser Verhandlungsprozess von den meisten Nationen als Fakten anerkannt. Auch bei den Gegenmaßnahmen, die zur Abmilderung (›Mitigation‹) des Klimawandels diskutiert werden, haben sich die Forscher durchgesetzt, so konzentriert sich die politische Debatte vom ersten Tag an fast ausschließlich auf die Reduktion von Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050. Im Bereich des Klimaschutzes wären unzählige Maßnahmen denkbar, doch die Diplomaten folgen an dieser entscheidenden Stelle den Empfehlungen der Wissenschaft und reduzieren damit den politischen Entscheidungsspielraum ganz erheblich. Die Anerkennung der Wissenschaft als legitimer Sprecher und objektiver Repräsentant einer vom Menschen bedrohten Natur kulminiert schließlich in einem Appell von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon am letzten Tag der Pariser Konferenz: »Nature is sending us an urgent signal. We must do what science says!«.

Die Kreuzung zwischen Politik und Wissenschaft in der Arena der Weltklimakonferenz ist freilich keine Einbahnstraße. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass politische Akteure einfach nur ausführen, was wissenschaftliche Experten ihnen auftragen. Die Klimawissenschaft arbeitet mit komplexen Modellen und Szenarien, dabei werden Handlungspfade aufgezeigt, zwischen denen erst noch eine politische Auswahl getroffen werden muss. Selbst wenn die Wissenschaft bestimmte Maßnahmen klar favorisiert, der politische Prozess lässt sich aufgrund der ihm inhärenten Beharrungskräfte

nur schwerlich abkürzen: Um eine Einigung zwischen heterogenen nationalen Interessen herbeizuführen, müssen auch die sozialen und ökonomischen Konsequenzen einer ökologischen Transformation beurteilt werden müssen. Die politischen Entscheidungen weichen daher oftmals von den Empfehlungen des IPCC ab. Entsprechend groß war die Unzufriedenheit bei führenden Klimaforschern darüber, dass die politischen Akteure trotz eindringlicher Warnungen seit den 1980er Jahren nicht dazu in der Lage waren, auf die Bedrohungen des Klimawandels wissenschaftlich angemessen zu reagieren (vgl. Schellnhuber 2015).

Aus zeitsoziologischer Sicht hat die Wissenschaft gleichwohl einen wichtigen Synchronisationseffekt auf die Politik. Denn in Auseinandersetzung mit den Veränderungen der biophysischen Natur ist die Politik auf eine verlässliche Entscheidungsgrundlage angewiesen, die nicht ohne wissenschaftlich fundierte Prognosen zu haben ist. Wissenschaftliche Akteure erweitern den Zeithorizont der Politik durch die Bereitstellung von Erkenntnissen über die Ursachen und Folgen des Klimawandels. Sie rechnen Simulationsmodelle und entwerfen Szenarien, die sich auf mögliche Zustände des Erdsystems in den Jahren 2050 oder 2100 beziehen. Durch die datenbasierte Beschreibung planetarischer Entwicklungspfade verlängern wissenschaftliche Experten den Radius einer an Legislaturperioden orientierten politischen Klasse. Sie bieten damit eine verlässliche Basis für in die Zukunft gerichtete politische Maßnahmen. Um die Reibung zwischen Wissenschaft und Politik zu minimieren, wird der IPCC über die Gremien der Weltklimakonferenz daher auf der anderen Seite wieder dazu angehalten, möglichst realistische, d. h. politisch umsetzbare Strategien zu berechnen. Dazu passt eine Szene gegen Ende der ersten Verhandlungswoche in Paris, bei der von einigen Ländergruppen der explizite Wunsch geäußert wird, der IPCC möge untersuchen, welche politischen Maßnahmen nötig wären, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Eine derartige Berechnung lag nicht vor, denn es galt im Vorfeld als extrem unwahrscheinlich, dass ein so ambitionierter Entwicklungspfad politisch durchsetzbar sein könnte. Zur Überraschung der meisten Beteiligten ergibt sich in den Pariser Verhandlungen jedoch plötzlich dieser unerwartete Chance. Und genau in diesem Moment wird in der Hauptverhandlung die Frage gestellt, ob denn jemand vom IPCC in der Nähe sei, der zur Frage konsultiert werden könne, ob und wie man diese ambitionierte Ziel denn erreichen könne. Nach einem kurzen Suchprozess wird tatsächlich ein offizieller Vertreter des IPCC gefunden. Der Experte wird befragt und schließlich mit einem Sonderbericht zum 1,5-Grad-Ziel beauftragt, der möglichst zeitnah vorgelegt werden solle, damit man die vorgeschlagenen Maßnahmen zum Gegenstand der politischen Verhandlungen machen könne.

An dieser Schlüsselszene zeichnet sich in idealtypischer Weise ab, wie stark die politische Akteurkonstellation bei der Bewältigung des Klimawandels von der Synchronisation und Kreuzung mit der Wissenschaft abhängt. Ohne den Einfluss der Wissenschaft wäre das Pariser Abkommen in dieser Form ganz sicher nicht zustande gekommen.

3.2 Massenmediale Akteure: Die Steigerung des politischen Verhandlungstempos

Im Rahmen des oben genannten Forschungsprojektes konnte ich mir in verschiedenen Abgeordnetenbüros des Deutschen Bundestags ein empirisch gesättigtes Bild von der engen Verflechtung zwischen Politik und Massenmedien machen. Der Alltag der Parlamentarier ist in sachlicher und zeitlicher Hinsicht sehr stark auf die Bedürfnisse und Routinen medial vermittelter Öffentlichkeiten eingestellt. Die Intensität dieser Kreuzung ist aus einer gesellschaftstheoretischen Perspektive zunächst verwunderlich, da sich beide Konstellationen unzweifelhaft durch die Orientierung an distinkten Leistungsproduktionen auszeichnen: Die Politik zielt auf die Generierung kollektiv verbindlicher Entscheidungen und die Medien auf die Produktion und Verbreitung von Neuigkeiten. Gleichwohl lässt sich empirisch zeigen, dass die Akteure bei ihren jeweiligen Aktivitäten auf ›sachfremde‹ Leistungen angewiesen sind.

Im Rahmen der ethnografischen Untersuchung habe ich ein Journalistenteam bei seiner täglichen Arbeit auf dem Konferenzgelände begleitet. Dabei war es zunächst äußerst eindrücklich zu sehen, wie stark politische und mediale Akteure trotz divergierender Leistungsproduktionen voneinander abhängen und wie gut sie in ihrem Handeln aufeinander eingestellt sind. So setzen die politischen Akteure auf die mediale Verbreitung ihrer Positionen über den Klimawandel, um auf diese Weise ihr Publikum kommunikativ zu erreichen.⁸ Dahinter steckt die politische Überzeugung, dass durch die mediale Berichterstattung das kollektive Bewusstsein für nachhaltige Lebensstile gesteigert werden kann. Diese zentrale Funktion medial vermittelter Öffentlichkeiten wird im Rahmen des Abkommens an verschiedenen Stellen ganz explizit hervorgehoben (vgl. u. a. Präambel und § 12). In ähnlicher Weise ist auch die Gruppe der in Paris akkreditierten Medienvertreter auf die

8 Die Attraktivität von digitalen Verbreitungsmedien resultiert daraus, dass die klassischen Medien politische Botschaften in aller Regel nicht ungefiltert transportieren, sondern kritisch diskutieren. Im Gegensatz dazu eröffnen Plattformen wie Twitter der Politik die Möglichkeit zur direkten Kommunikation mit ihren Wählerinnen und Wählern.

Politik angewiesen. Die Journalisten wollen ihre Rezipienten mit Neuigkeiten versorgen und für ihre Berichte benötigen sie möglichst aktuelle und am besten exklusive Informationen aus den politischen Verhandlungen. Ausgehend von dieser wechselseitigen Abhängigkeitsbeziehung haben sich an der Kreuzung zwischen Politik und Medien verschiedene Vermittlungsmechanismen herausgebildet, die auf der Konferenz beobachtet werden können. Die Kommunikation vollzieht sich über morgendliche Briefings, Pressekonferenzen, Pressemitteilungen, persönliche Interviews, Telefonate, E-Mails und SMS-Nachrichten. Der Austausch auf dem Gelände ist intensiv, die Interaktionsfrequenz zwischen Politik und Medien ist hoch und die Akteure sind trotz der ungewohnten Arbeitsumgebung sehr gut aufeinander eingestellt. Die Medien haben einen privilegierten Zugang zur Politik, der über die Möglichkeiten gewöhnlicher Beobachter hinausgeht. Entsprechend habe ich als Begleitung eines Journalistenteams einen optimalen Zugang zu den Ereignissen vor und hinter der Verhandlungsbühne.

Aus zeitsoziologischer Perspektive lässt sich nun konkretisieren, in welcher Hinsicht die Massenmedien zur Genese und Durchsetzung des Pariser Abkommens beitragen. Dabei zeigt sich, dass die Medien aufgrund ihrer spezifischen Operationsweise prädestiniert sind, das Problem des Klimawandels aus dem »Hinterkopf« (Giddens 2009) in den Fokus der gesellschaftlichen Wahrnehmung zu bringen. Man kann diese Vergegenwärtigungsleistung medialer Kommunikation an jenen Eisbär-Fotos verdeutlichen, die in den letzten Jahren zum Symbol für den anthropogenen Klimawandel geworden sind. Auf diesen Fotos wird ein Bär visualisiert, der alleine auf einer Eisscholle sitzt und langsam auf das offene Meer hinaustreibt. Das Bild sendet in Kombination mit entsprechenden Begleittexten eine klare Botschaft: »Die Eisscholle schmilzt, der Bär ist in Gefahr, wir müssen etwas gegen den Klimawandel tun, sonst ist es zu spät!« Für die Rezeption ist es dabei unerheblich, dass Eisbären schwimmen können. Entscheidend ist, dass das Bild die lebensbedrohlichen Folgen des Klimawandels vor Augen führt. Zu dieser medialen Emotionalisierungsstrategie passt auch ein Bericht, den das von mir begleitete Journalistenteam nach der ersten Konferenzwoche absetzt. Der Titel lautet: »Die Nordsee steigt!«. Die Verhandlungen laufen schleppend, Konflikte treten offen zu Tage, ein Scheitern ist trotz anfänglicher Zuversicht durchaus möglich. Die Journalisten vermitteln mit ihrem Beitrag ein Gefühl der Dringlichkeit, sie verdeutlichen, was in Paris auf dem Spiel steht und mahnen die Politik zur Eile. Bereits im Vorfeld der Konferenz waren ähnliche Bilder im medialen Diskurs aufgetaucht, bei denen Symbole wie der Kölner Dom oder die amerikanische Freiheitsstatue per Fotomontage unter Wasser gesetzt wurden. Was dieses heterogene Bildermeer eint, ist, dass mit diesen Porträts der langsam fortschreitende und schwer beobachtbare Prozess des anthropogenen Klimawandels sehr viel besser erfahrbar gemacht

werden kann als das mit wissenschaftlichen Zahlen oder politischen Reden möglich ist.

Durch die radikale Vergegenwärtigung des Klimawandels trägt die massenmediale Berichterstattung rund um die Weltklimakonferenz ganz wesentlich dazu bei, den politischen Entscheidungsprozess unter Zeitdruck zu setzen. Dieser Effekt zeigt sich nicht zuletzt an einer paradigmatischen Szene auf der Konferenz. In der ersten Konferenzwoche bildet sich eine ›Koalition der Ambitionierten‹, zu der einige bedrohte Inselstaaten wie die Marshallinseln sowie Deutschland, die EU und die USA gehören. Das von der Gruppe formulierte Ziel besteht darin, ein möglichst ambitioniertes und verbindliches Abkommen durchzusetzen, mit dem die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzt wird. Da die Positionen der einzelnen Staaten im Verhandlungsprozess nicht immer klar zu erkennen sind, ist die Koalition für die anwesenden Journalisten eine interessante Abwechslung, über die ausgiebig berichtet wird. Die Koalition wächst im Konferenzverlauf rasch an und zählt schließlich hundert Nationen. Am letzten Konferenztag kommt es im Vorfeld der finalen Entscheidung dann zu einem medienwirksam inszenierten ›Marsch der Ambitionierten‹, bei dem die hundert Mitglieder der Koalition Arm in Arm und unter großem Applaus in Richtung Plenarsaal laufen. Die Marschierenden kommen nur langsam voran, denn es wimmelt überall von Fotografen und Kameraleuten, die das Geschehen in die Weltöffentlichkeit übertragen. An dieser Situation zeigt sich die Kreuzung und Synchronisation der beiden Konstellationen. So werden die Journalisten bereits am frühen Morgen auf den geplanten Marsch hingewiesen. Später werden sie per Pressemitteilungen und SMS-Kurznachrichten informiert, an welchen Stationen die Koalition zu welcher Uhrzeit vorbeilaufen wird. Doch bei dieser Aktion geht es nicht nur um gute Bilder für die Medien, sondern auch um die Herbeiführung einer kollektiv verbindlichen Entscheidung. Zum Zeitpunkt des Marsches gehört nämlich nur die Hälfte der Nationen zur Koalition der Ambitionierten. Die Gruppe nutzt also die Medien, um öffentlichen Druck auf jene Nationen auszuüben, die bisher nicht an einem ambitionierten Abkommen interessiert sind.

In dieser Schlüsselszene, aber auch in vielen weiteren Momenten in Paris, trägt die Kreuzung zwischen Politik und Medien zur Beschleunigung des politischen Verfahrens und zum Erfolg des Pariser Abkommens bei.

3.3 Ökonomische Akteure: Über die beendigte Blockade der politischen Handlungssequenz

Neben den gerade untersuchten Kreuzungs- und Synchronisationsprozessen zwischen Politik und Wissenschaft sowie zwischen Politik und Massen-

medien lassen sich mindestens ebenso intensive Berührungspunkte an der Schnittstelle zwischen Politik und Ökonomie beobachten. So hängt der Gestaltungsspielraum politischer Akteure ganz erheblich von finanziellen Ressourcen ab, die zuerst im Rahmen ökonomischer Wertschöpfungsprozesse erwirtschaftet werden müssen. Umgekehrt sind die Marktteilnehmer bei der Produktion von Mehrwert auf politisch gesetzte Rahmenbedingungen angewiesen. Die Kreuzung zwischen Politik und Ökonomie ist aufgrund dieser Abhängigkeiten besonders ausgeprägt und tritt in der Arena der Weltklimakonferenz sogar in verschärfter Form auf: Während die anwesenden Wirtschafts- und Industrievertreter eine klimapolitisch motivierte Zerstörung profitabler Geschäftsfelder befürchten müssen, sind die politischen Entscheidungsträger auf privatwirtschaftliche Investitionen angewiesen, um ein kostenintensives Großprojekt wie die ökologische Transformation der Gesellschaft zu verwirklichen.

Zu den aus meiner Sicht größten Überraschungen auf der Pariser Konferenz zählt das Verhalten der ökonomischen Interessensvertreter. Angesicht der Berichte von vorangegangenen Konferenzen war fest damit zu rechnen, dass globale Konzerne und Wirtschaftsverbände starken Widerstand gegen ein ambitioniertes Klimaschutzabkommen leisten würden. Von dieser Blockadehaltung war in Paris allerdings vom ersten Tag an wenig zu spüren. Innerhalb der ökonomischen Akteurkonstellation hatte sich offenkundig bereits im Vorfeld die Überzeugung durchgesetzt, dass das Abkommen nicht mehr aufzuhalten sind wird. Für diese Interpretation sprechen verschiedene Beobachtungen vor Ort. So war in dem offiziellen Business Guide der Internationalen Handelskammer (ICC) bereits zu Beginn der zweiwöchigen Konferenz nachzulesen, dass die Wirtschaftsverbände dem Abkommen nicht im Weg stehen, sondern kooperativ am erforderlichen Transformationsprozess mitwirken wollen. Ganz in diesem Sinne konzentrieren sich die ange-reisten Wirtschaftslobbyisten bei ihren täglichen Strategiesitzungen darauf, »ökonomisch vernünftige Formulierungen in den finalen Text zu bekommen«. Im Fokus steht dabei die Implementierung deutungsöffener Marktmechanismen anstelle von politischen Detailvorgaben. Besonders in der zweiten Woche wird durch Gespräche mit den nationalen Delegationen versucht, entsprechende Textpassagen sicherzustellen. Und das mit Erfolg: Im finalen Vertragsdokument ist von der noch im Juni 2015 beim G7-Gipfel im bayerischen Elmau favorisierten »Dekarbonisierung« der Weltwirtschaft keine Rede mehr, stattdessen findet sich im Text nun die politikökonomische Kompromissformel »climate neutrality«, was bedeutet, dass die Emission von Treibhausgasen durch fossile Energieträger wie Kohle oder Öl unverdrossen fortgesetzt werden kann, solange die Treibhausgase durch den Einsatz technischer Instrumente wieder aus der Atmosphäre entfernt werden. Industrien, die weiterhin auf fossile Energieträger setzen, müssen aufgrund

des Pariser Abkommens zwar mit einem starken Rückgang an staatlichen Subventionen rechnen, die bestehenden Wertschöpfungsketten bleiben allerdings erhalten, solange sie mit den neuen Zielvorgaben kompatibel sind und profitabel bleiben. Das deutlichste Signal für die gestiegene Beweglichkeit und Kooperationsbereitschaft der Ökonomie auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung wird schließlich am ersten Konferenztag übermittelt: Angeführt von dem US-Milliardär Bill Gates hatte sich in den Monaten vor Paris eine finanzkräftige Koalition aus privaten Investoren und einzelnen Staaten gebildet, die zum Start der Konferenz unter dem Label ›Break-Through-Energy-Coalition‹ nun das Ende der jahrzehntelangen Blockadehaltung einläuten soll. Im Rahmen einer hochkarätig besetzten Pressekonferenz, an der unter anderem auch Barack Obama und François Hollande teilnehmen, werden private Investitionen von mehreren Milliarden Dollar versprochen, mit deren Hilfe nicht weniger als ein Zeitalter der sauberen Technologien eingeläutet werden soll. Mit dieser Initiative signalisieren zentrale Figuren der ökonomischen Akteurkonstellation – wie Mark Zuckerberg (Facebook), Jack Ma (Alibaba) oder Jeff Bezos (Amazon) – ihre Bereitschaft, an der ökologischen Transformation der Weltwirtschaft aktiv mitzuwirken.

Um die in Paris erfolgte Synchronisation zwischen Klimapolitik und Ökonomie besser zu verstehen, lohnt sich der Blick auf eine weitere Schlüsselszene der Konferenz, die sich bei einem Morgenmeeting der Wirtschaftsvertreter abspielt. Während einer Debatte über die wirtschaftlichen Effekte des anvisierten Klimaschutzabkommens meldet sich ein Manager zu Wort und verkündet mit kaum unterdrückter Euphorie: »We don't have to look at future generations any longer, we can just look for short term profits!«. Die Aussage des Wirtschaftsvertreters ist nun deshalb so interessant, weil sich in ihr tatsächlich eine Zeitenwende artikuliert: Die Konzerne beenden ihre Blockade nicht etwa aus Sorge um die planetarischen Lebensgrundlagen oder in Reaktion auf gesellschaftlich induzierte Moralvorstellungen, sondern aus dem einfachen Grund, weil nun der Zeitpunkt gekommen ist, an dem die Investition in erneuerbare Energien und nachhaltige Produktionsweisen erstmals profitable Geschäftsmodelle versprechen. Im Sinne einer »schöpferischen Zerstörung« (Schumpeter) geht es nun um die Erschließung neuer Märkte und die Generierung von Mehrwert durch den Umstieg auf saubere Technologien.

Der politische Wille zur nachhaltigen Umgestaltung der Gesellschaft kreuzt sich in Paris also erstmals mit den ökonomischen Verwertungsinteressen. Dieser Synchronisationsvorgang ist ein maßgeblicher Faktor für das Wunder von Paris. Ohne das Ende der ökonomischen Blockade der Klimapolitik wäre das Abkommen sicherlich erneut gescheitert.

3.4 Politische Akteure: Die Erweiterung und Verdichtung des politischen Zeitbudgets

Zur Erklärung des Pariser Abkommens und seiner Genese sind die Ereignisse bei den politischen Verhandlungen von entscheidender Bedeutung. Prozesse der Synchronisation und Kreuzung finden nicht nur an der Grenze zwischen verschiedenen Akteurkonstellationen statt, sondern auch in ihrem Inneren. Auf der Klimakonferenz von Paris waren 195 Staaten versammelt, deren politische Delegationen bis zu 500 Personen umfassten. Um ihren Interessen mehr Gehör zu verschaffen und einen halbwegs geordneten Verhandlungsprozess zu ermöglichen, haben sich die einzelnen Staaten im Bereich der Klimadiplomatie in verschiedenen Verhandlungsgruppen zusammengeschlossen (G77+China, Umbrella Group, Least Developed Countries, EU, AILAC etc.).

Zu den auffälligsten Merkmalen der weltpolitischen Akteurkonstellation zählt sicherlich die eklatante Differenz zwischen den einzelnen Staaten im Hinblick auf ihre nationalen Interessen und politischen Überzeugungen. Dieser Befund bezieht sich längst nicht nur auf den Klimawandel und die Beurteilung der politischen Handlungsfolgen. Der Pariser Verhandlungsprozess erweist sich vielmehr als ein zähes Ringen um jedes einzelne Wort, bei dem auch und gerade in Bezug auf Themen wie Menschenrechte, Diskriminierung von Frauen, Einbeziehung der Zivilgesellschaft, Rolle medialer Öffentlichkeiten oder Umgang mit globaler Ungleichheit zunächst keinerlei Konsens in Sicht ist. Die gravierenden Interessenkonflikte müssen daher durch die zeitintensive Suche nach tragfähigen Kompromissformeln und die wechselseitige Bereitschaft zu politischen Zugeständnissen überwunden werden. Ein behutsamer Annäherungsprozess, in dem sich niemand übergangen fühlt, ist deshalb so wichtig, weil machtpolitische Strategien bei der Organisation von Mehrheiten in der Arena der Weltklimakonferenz weitgehend ausgeschlossen sind. Seit der ersten Klimakonferenz im Jahr 1995 wurde nämlich noch nie eine Geschäftsordnung angenommen. Daher greifen Minimalbestimmungen der UN, nach denen jede Entscheidung im Einvernehmen zu treffen ist. Entsprechend kann jedes einzelne Land am Ende der Konferenz sein Veto einlegen – und damit das gesamte Abkommen scheitern lassen. Von dieser Möglichkeit wurde in der Vergangenheit häufig Gebrauch gemacht. Daher müssen in Paris auch die Einwände der kleinsten Länder aufgegriffen und ernstgenommen werden, um den Erfolg der Konferenz nicht zu gefährden. Die ungewöhnliche Symmetrie der Macht führt dazu, dass die Verhandlungsleiter gemeinsam mit den Vertragsparteien eine Sprache finden müssen, in der sich die heterogenen Interessen aller versammelten Länder wiederfinden. Um keine Zeit mit aussichtslosen Maximalforderungen zu verschwenden, hieß es gegen Ende der Konferenz daher immer häufiger: »no new language, please, we need bridging proposals!«

17. Takes note of the synthesis report on the aggregate effect of INDCs communicated by Parties by 1 October 2015, contained in document FCCC/CP/2015/7;

17 bis. Notes with concern that the estimated aggregate annual global emission levels resulting from the implementation of INDCs do not fall within least-cost 2°C scenarios by 2025 and 2030, and that much greater emission reductions effort than those associated with the INDCs will be required in the period after 2025 and 2030 to hold the temperature rise to below 2°C or 1.5°C above pre-industrial levels;

17ter. Also notes, in this context, the adaptation needs expressed by developing countries in their INDCs];

18. Requests the secretariat to update the synthesis report referred to in paragraph 17 above so as to cover all the information in the INDCs communicated by Parties pursuant to 1/CP.20 by [1 October 2016] [in particular those on finance, technology and capacity-building support communicated by developed country Parties referred to in paragraph 13 above] and to make it available by [1 November 2016] [~~and to provide information on the fairness and ambition of the INDCs and NDMCs/NDMCCs communicated by Parties~~];

Option I (paragraphs 19-19quinquies):

19. [Invites] [Strongly urges] all Parties to consider enhancing the ambition adaptation efforts] before they submit their nationally [contribution][commitment][other] [in accordance with the provisions of Article preconditions for joining the Agreement] [, and requests Parties to ensure that



Abb. 3: Technisch synchronisierte Verhandlungen

Um die extrem heterogenen Interessen in Einklang zu bringen, kommen auf der Konferenz verschiedene Strategien und Ressourcen zum Einsatz, die zur Steigerung des politischen Zeitbudgets beitragen. So war es für den Erfolg von Paris nach Einschätzung verschiedener Teilnehmer von entscheidender Bedeutung, dass sich die beteiligten Chefdiplomaten schon seit Jahren kennen. Im Rahmen eines jahrzehntelangen Verhandlungsprozesses ist trotz diverser Rückschläge der Aufbau von persönlichem Vertrauen gelungen, was für die Überwindung von hartnäckigen Differenzen in der letzten Verhandlungsphase extrem wichtig war. Auch der Vertragstext selbst war nicht erst in Paris entstanden, eine Rohversion war bereits seit der Konferenz von Durban im Jahr 2011 im Rahmen einer eigens dafür eingesetzten Arbeitsgruppe entwickelt worden. Trotzdem waren im Vorfeld von Paris noch viele Fragen klärungsbedürftig. Um eine Einigung zu erzielen, laufen die Verhandlungen in der Pariser Arena daher rund um die Uhr, man kann als Beobachter den Eindruck gewinnen, dass buchstäblich jede Minute für die Suche nach konsensfähigen Lösungen genutzt wird. Zur Ausweitung des Zeitbudgets gehört neben täglichen Nachtschichten unter anderem, dass sowohl der Beginn als auch das Ende der Konferenz kurzerhand verschoben werden: So wird der Verhandlungsstart um einen Tag vor- und das Ende um einen Tag nach hinten verlegt. Zum flexiblen Zeitregime gehört auch, dass es für die politischen Verhandlungen überhaupt keinen offiziellen Zeitplan gibt. Im Intranet steht zwar jeden Morgen gegen 6 Uhr ein provisorischer Ablaufplan für den Tag, doch die dort angekündigten Räume und Zeiten werden je nach aktuellem Verhandlungsverlauf immer wieder spontan angepasst, damit so effektiv wie möglich gearbeitet werden kann. Um trotz dieser chaotisch anmutenden Organisationsstruktur den Überblick zu bewahren, werden die zahlreichen Änderungen mithilfe der Konferenz-App »Ne-

gotiator« und über die Computerbildschirme auf den Konferenzfluren fortlaufend an die Teilnehmer kommuniziert. Das Pariser Konferenzgeschehen erweist sich aufgrund dieser Volatilitäten für alle Beteiligten als anstrengend und nervenaufreibend. So verrät die deutsche Delegationsleiterin im Gespräch, dass die Pariser Verhandlungen derart intensiv seien, dass in der zweiten Woche »frische Diplomaten eingeflogen werden, weil die aus der ersten Woche kaputt sind.«

Die Besonderheit der klimapolitischen Konstellation kommt schließlich anhand einer weiteren Schlüsselszene zum Ausdruck. Während einer Plenarsitzung meldet sich der Leiter einer kleineren Delegation mit der Aussage zu Wort: »Ich kann mich nicht mehr als drei Mal aufteilen!«. Dieser halb ironisch, halb ernst gemeinte Satz fällt in einem Moment, indem sich die Konferenz in zwölf verschiedene »Spin-off-groups« ausdifferenziert hat, in denen über den Inhalt einzelner Paragraphen verhandelt wird. Durch die arbeitsteilige Bewältigung bestehender Konflikte soll das zur Verfügung stehende Zeitvolumen möglichst effektiv ausgeschöpft werden. Der sichtlich erschöpfte Delegationsleiter kritisiert an dieser Stelle jedoch, dass sein Land gar nicht genügend qualifiziertes Personal auf dem Gelände hat, um die verschiedenen Gruppen zu besetzen. Um den Anschluss nicht zu verlieren, fordert er ein, dass die Desynchronisation der politischen Verhandlung beendet werden muss, sodass alle wieder gleichzeitig an einer Vertragspassage arbeiten. Um kein Veto zu riskieren, geht die Verhandlungsleitung nach kurzer Diskussion auf diesen Einwand ein, und erklärt die Arbeit in den Unterarbeitsgruppen für beendet. Die zeitökonomische Strategie der Arbeitsteilung kann an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden, auch wenn einige Delegationen missbilligend zu Protokoll geben, »dass allmählich die Zeit davonläuft«.

3.5 Religiöse Akteure: Das Wunder von Paris

Bis zu diesem Punkt der Untersuchung konnten vier Ursachen für den erstaunlichen Erfolg von Paris identifiziert werden, die mit der Kreuzung verschiedener Akteurkonstellationen zusammenhängen: Das Ende der ökonomischen Blockadehaltung, der Beschleunigungsdruck durch die Massenmedien, die wissenschaftliche Verlängerung des politischen Zeithorizonts und die politikinternen Bemühungen zur Steigerung des Zeitbudgets bei der aufwändigen Suche nach Kompromissformeln zwischen den verschiedenen Nationen. Trotz all dieser Bemühungen droht das Abkommen am letzten Tag dennoch zu scheitern. Während die meisten Delegierten am Nachmittag des 12. Dezembers 2015 bereits in gespannter Erwartung im Plenarsaal La Seine auf die Annahme des Pariser Abkommens hoffen, tauchen hinter den Kulissen

zwei gravierende Probleme auf. Zunächst insistiert die US-amerikanische Delegation darauf, dass in verschiedenen Paragraphen des finalen Abkommens das Wörtchen ›shall‹ (soll) durch den schwächeren Begriff ›should‹ (sollte) ersetzt werden müsse. Diese Forderung wird damit begründet, dass bei einer Beibehaltung der stärkeren Formulierung im Falle eines Wahlsiegs von Donald Trump, der im Vorfeld als Verleugner des Klimawandels aufgefallen war, die USA problemlos wieder aus der Vertragsgemeinschaft austreten könnten. Ein Szenario, bei dem sich der zweitgrößte Treibhausgasemittent der Welt aus der Verantwortung für den anthropogenen Klimawandel verabschieden könnte, wird in Paris als realistische Bedrohung wahrgenommen, so dass sich die USA am Ende mit ihrer Forderung durchsetzen.

Ein zweites Problem lässt sich allerdings nicht im Rahmen diplomatischer Verhandlungen überwinden und hatte sich bereits über die gesamte Konferenz hinweg angedeutet: Nicaragua lässt sich nicht überzeugen und will dem Abkommen nicht zustimmen. Der Verhandlungsleiter Nicaraguas hatte an dieser Haltung von Anfang an wenig Zweifel gelassen: In verschiedenen Stadien der Verhandlungen hatte er betont, dass sein sozialistisch geprägtes Land keine Verantwortung für den Klimawandel trage, vielmehr seien die kapitalistischen Industrieländer alleinige Verursacher der Erderwärmung. Nicaragua werde daher kein Dokument unterzeichnen, mit dem es irgendwelche Verpflichtungen eingehe und das weiterhin auf kapitalistische Marktmechanismen setze, um die ökologische Transformation zu bewerkstelligen.

In diesem entscheidenden Moment der Konferenz kommt nun eine fünfte und letzte Akteurkonstellation in Spiel, deren Aktivitäten ich zunächst nicht genauer beobachtet hatte: die Religion. Die empirische Vernachlässigung der religiösen Akteure hängt sicherlich mit einem ethnozentristisch verengten Blick zusammen. So verleitet eine westlich gefärbte Perspektive zu der Annahme, dass in der gesellschaftlichen Praxis eine klare Trennung zwischen Politik und Religion bzw. zwischen Staat und Kirche besteht. Der religiöse Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess sollte daher vergleichsweise gering ausfallen. Bei genauerer Betrachtung erweist sich diese Säkularisierungsthese bereits für die westliche Welt als Irrtum (Taylor 2007), vor allem aber verfehlt sie die Realitäten in vielen anderen Weltregionen, in denen die Kreuzung zwischen Politik und Religion sehr stark ausgeprägt ist.

Auf der Pariser Konferenz fällt zunächst die enorme Präsenz der Religionsvertreter auf: Religiöse Netzwerke, zu denen überwiegend Personen gehören, die jünger als 30 Jahre sind, bewegen sich in größeren Gruppen über das Konferenzgelände, engagieren sich im Rahmen verschiedener Veranstaltungsformate und versuchen über persönliche Gespräche Einfluss auf die Verhandlungen zu nehmen. Auch gibt es mehrere, gemeinsame Pressekonferenzen der Weltreligionen, in denen das gemeinsame Anliegen der verschiedenen Weltanschauungen öffentlich gemacht wird. Das einigende Mo-

ment dieser überaus vielstimmigen und heterogenen Allianz besteht offenkundig in der Sorge vor der irreversiblen Zerstörung der göttlichen Schöpfung. Angesicht der Verringerung der Biodiversität erinnern die Religionsvertreter an die politische Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung. Auf diese Weise verleihen sie der Politik den größtmöglichen Radius: Von der Schöpfung bis zum Ende der Welt.

Die letzte Schlüsselszene der Konferenz spielt sich nun am frühen Abend des Abschlusstages ab: Nicaragua bleibt zunächst trotz aller diplomatischen Bemühungen bei seinem Veto. Damit wäre das Abkommen aufgrund des fehlenden Einvernehmens insgesamt gescheitert. Um diese politische Katastrophe zu verhindern, kontaktiert die Verhandlungsführung um den französischen Außenminister Laurent Fabius das Oberhaupt der katholischen Kirche, Papst Franziskus, und bittet ihn um Unterstützung.⁹ Der Papst ruft daraufhin beim Staatspräsidenten Nicaraguas an, der ein Land mit einem Christenanteil von über 80 Prozent regiert, und macht ihm deutlich, dass es hier nicht um eine politische Frage gehe, sondern um die Bewahrung der göttlichen Schöpfung. Im Anschluss an dieses Gespräch gibt die nicaraguanische Delegation in Paris ihre Blockade auf. Laurent Fabius betritt die Vollversammlung, verkündet unter dem Jubel der Delegierten die Annahme des Klimaschutzabkommens – und das ›Wunder von Paris‹ ist damit perfekt.

4. Zusammenfassender Ausblick

Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, dass der Erfolg von Paris nicht als politischer Alleingang interpretiert werden darf, der etwa mit dem spontanen Verhandlungsgeschick einzelner Personen oder dem geopolitischen Einfluss der USA erklärt werden könnte. Stattdessen wurde ausgehend von einer relationalen Differenzierungstheorie herausgearbeitet, wie diese kollektiv verbindliche Entscheidung durch das Zusammenspiel zwischen politischen, ökonomischen, medialen, wissenschaftlichen und religiösen Akteuren hervorgebracht wurde. Dabei ging es nicht nur um die gegenstandsbezogene Kreuzung und Koordination der jeweiligen Leistungsproduktionen, sondern auch und gerade um die zeitliche Synchronisation und Orchestrierung der verschiedenen Aktivitäten, ganz im Sinne der zugrunde gelegten Metapher vom ›Clockwork Society‹. Ohne wissenschaftliche Radiusverlängerung, mediale Beschleunigung, ökonomische Unterstützung, religiöse Transzen-

9 Papst Franziskus hatte wenige Monate vor der Weltklimakonferenz bereits für Aufsehen gesorgt, da er im Rahmen seiner Umwelt-Enzyklika (»Laudato si«: Über die Sorge für das gemeinsame Haus») ganz explizit zu politischen Klimaschutzmaßnahmen aufgerufen hatte.

denz oder politikinterne Erfolge bei der Steigerung des Zeitbudgets wäre die Konstruktion dieses weltweit verbindlichen Vertragswerks nicht möglich gewesen.¹⁰ Zum Abschluss dieser Untersuchung zur größten diplomatischen Versammlung der Menschheitsgeschichte möchte ich kurz auf drei Einsatzpunkte für mögliche Anschlussprojekte hinweisen.

1. Für den Bereich der soziologischen Theoriebildung erscheint es mir lohnenswert, die im Rahmen des Textes erstmals entwickelten und erprobten Grundrisse einer akteurzentrierten, relationalen und raumzeitlich erweiterten Differenzierungstheorie genauer auszubuchstabieren. Dabei sollten insbesondere die vier Basiskategorien der gesellschaftstheoretischen Forschungsheuristik – Akteurkonstellationen, Kreuzung, Synchronisation und Arena (kurz: AKSA) – in Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand und in Konfrontation mit sozialen Phänomenen weiter ausgearbeitet und präzisiert werden. Zur Analyse des vorliegenden Falls hat sich das AKSA-Modell zwar als hilfreich erwiesen, es wäre jedoch erst noch zu prüfen, ob es auch für andere soziale Phänomene gewinnbringende Einsichten und leistungsfähige Erklärungen ermöglicht. In einem nächsten Schritt wäre in jedem Fall zu erkunden, inwiefern mit dem Modell auch soziale Ereignisse und Strukturdynamiken sinnvoll erfasst werden können, in denen es zu Kreuzungskonflikten oder Synchronisationsproblemen zwischen verschiedenen Akteurkonstellationen kommt.
2. Auf den Gebieten der Politischen Soziologie und Vergleichenden Gesellschaftsforschung stellt sich im Anschluss an die hier vorgelegte Analyse die Frage nach den geopolitischen Konsequenzen des Pariser Vertrages. Das Abkommen wurde zwar in Rekordzeit ratifiziert, und trat bereits im November 2016 in Kraft, gleichwohl ist durchaus eine gewisse Skepsis angebracht, ob mit dem Vertrag auch die drohenden Ressourcenkonflikte zwischen den verarmten Ländern des globalen Südens und den reichen Industrieländern des globalen Nordens eingedämmt werden können. Kommt es angesichts der zu erwartenden Klimaschäden und Flüchtlingswellen zu Prozessen der kosmopolitischen Vergemeinschaftung (Beck 2016) oder droht in Zukunft sogar eine kriegerische Verschärfung umweltbedingter Konflikte (Latour 2017)? Das

10 Dieser zentrale Untersuchungsbefund passt sehr gut zu den Erkenntnissen von Schüller/Wittneben/Rüling (2016), die im Rahmen einer qualitativen Studie gezeigt haben, dass der Misserfolg der Klimakonferenzen in den Jahren 1995 bis 2011 maßgeblich mit der starken »Fragmentierung« (ebd., S. 213) der verschiedenen Interessensgruppen zusammenhing.

Abkommen lässt in dieser Hinsicht viele Fragen offen, die finanzielle Beteiligung an den klimapolitischen Anpassungs- und Mitigationsmaßnahmen oder die Haftung für die in der Zukunft erwarteten Schäden durch den Klimawandel waren in Paris ein großes Streitthema, das durch die vagen Formulierungen im Vertragstext keineswegs abschließend geklärt ist. Es wird daher interessant sein zu beobachten, inwiefern die Staatengemeinschaft bei der erforderlichen Konkretisierung des Pariser Abkommens auf den kommenden Weltklimakonferenzen zu gemeinsamen Lösungen findet.

3. Schließlich stellt sich aus der Perspektive der Wirtschafts-, Umwelt- und Techniksoziologie die weiterführende Forschungsfrage, ob das Abkommen – wie von den politischen Funktionseleiten in Paris angekündigt – zu einer ökologischen Transformation gesellschaftlicher Produktions- und Konsumstile beitragen wird. In dieser Hinsicht sind durchaus Zweifel angebracht, denn das Abkommen dreht sich dank des Einflusses der ökonomischen Akteure um den Begriff der ›Klimaneutralität‹, der es grundsätzlich zulässt, dass alles so weitergeht wie bisher, solange Technologien gefunden werden, die den hohen Treibhausgasausstoß kompensieren. Das können zum einen Innovationen auf dem Gebiet der Energieeffizienz sein, die Menschen können dann z. B. weiterhin kurze Wegstrecken mit dem Auto zurücklegen, solange durch den Einsatz neuer Techniken der Verbrauch reduziert wird. Allerdings hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass es dabei stets zu sogenannten »Rebound-Effekten« (Paech 2013) kommt, d. h. die technologisch erzielten Einsparungen werden durch intensivere Nutzung sofort wieder aufgezehrt. Eine zweite Möglichkeit, die deshalb in Paris offensiv ins Spiel gebracht wurde, sind Verfahren des Climate Engineering, also der Einsatz von Technologien, die entweder CO₂ aus der Luft entfernen (z. B. künstliche Algen im Meer) oder die Erderwärmung durch die Sonne reduzieren (z. B. reflektierende Schwefelpartikel in die Stratosphäre). Paradoxiertweise ist diese zweite Strategie durch die Klimaschutzziele von Paris sogar wahrscheinlicher geworden, denn viele wissenschaftliche Experten sind der Überzeugung, dass das ambitionierte 2-Grad-Ziel durch konventionelle Maßnahmen kaum noch zu erreichen sein wird. Die Effekte des Climate Engineering sind freilich bislang kaum vorherzusehen. Für die kommenden Jahre sind angesichts der damit einhergehenden Chancen und Risiken öffentliche Kontroversen über den Einsatz solcher Technologien sowie über die nachhaltige Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse zu erwarten.

Literatur

- Beck, Ulrich (1988): *Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (2016): *The Metamorphosis of the World: How Climate Change is Transforming Our Concept of the World*. Cambridge: Polity.
- Bohmann, Ulf (2017): »Haben wir dazu eine Sprache? Synchronisierungsarbeiten des Bundespresesamtes zwischen Politik und (medialer) Öffentlichkeit«. In: Lessenich, Stephan (Hg.): *Geschlossene Gesellschaften*. Verhandlungen des 38. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bamberg 2016.
- Bojanowski, Axel (2015): Historischer Weltklimavertrag. Zehn Gründe für das Wunder von Paris. In: *Der Spiegel*, 13.12.2015.
- Bourdieu, Pierre (1996): »Die Logik der Felder«. In: Bourdieu, Pierre (Hrsg.): *Reflexive Anthropologie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 124–147.
- Brose, Hanns-Georg/Kirschsieper, Dennis (2014): »Un-/Gleichzeitigkeit und Synchronisation. Zum Verhältnis von Diachronie und Synchronie in der Theorie sozialer Systeme«. In: *Zeitschrift für Theoretische Soziologie* 2, S. 172–219.
- Clarke, Adele E. (2005): *Situational Analysis: Grounded Theory After the Postmodern Turn*. Thousand Oaks: Sage.
- Clarke, Adele E. (2014): »Engaging Complexities: Working Against Simplification as an Agenda for Qualitative Research Today. Adele Clarke in Conversation With Reiner Keller«. In: *Forum Qualitative Sozialforschung* 15, Artikel 1.
- Crutzen, Paul J. (2002): »Geology of mankind«. In: *Nature* 415, S. 23.
- Giddens, Anthony (2009): *The Politics of Climate Change*. Cambridge: Polity.
- Habermas, Jürgen (1990): *Die Moderne – Ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze*. Leipzig: Reclam.
- Joas, Hans (1992): *Die Kreativität des Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lamla, Jörn (2012): *Verbraucherdemokratie. Politische Soziologie der Konsumgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Lamla, Jörn (2013): »Arenen des demokratischen Experimentalismus: Zur Konvergenz von nord-amerikanischem und französischem Pragmatismus«. In: *Berliner Journal für Soziologie* 23, S. 345–365.
- Latour, Bruno (2014): *Existenzweisen. Eine Anthropologie der Modernen*. Berlin: Suhrkamp.
- Latour, Bruno (2017): *Facing Gaia. Eight Lectures on the New Climatic Regime*. Cambridge: Polity.
- Laux, Henning (2016): »Hybridorganisationen. Politische Herausforderungen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und biophysischer Natur«. In: *Soziale Welt* 67, S. 313–331.
- Laux, Henning/Rosa, Hartmut (2015): »Clockwork Politics. Fünf Dimensionen politischer Zeit«. In: *Leviathan* 43, S. 52–70.
- Lüdemann, Susanne (2004): *Metaphern der Gesellschaft. Studien zum soziologischen und politischen Imaginären*. München: Fink.
- Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft, 2 Bd.* Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Nassehi, Armin (2008): *Die Zeit der Gesellschaft. Auf dem Weg zu einer soziologischen Theorie der Zeit*. Wiesbaden: VS.
- Nassehi, Armin (2011): *Gesellschaft der Gegenwart. Studien zur Theorie der modernen Gesellschaft II*. Berlin: Suhrkamp.
- Paech, Nico (2013): »Mythos Entkopplung. Die Mär vom »grünen Wachstum«. In: Paech, Nico (Hg.): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München, S. 71–101.
- Rosa, Hartmut (2005): *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Schellnhuber, Hans-Joachim (2015): *Selbstverbrennung: Die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff*. München: Bertelsmann.
- Schimank, Uwe (2007): *Theorien gesellschaftlicher Differenzierung*. Wiesbaden: VS.
- Schimank, Uwe (2009a): »Wie sich funktionale Differenzierung reproduziert – eine akteurtheoretische Erklärung«. In: Hill, Paul/Kalter, Frank/Kopp, Johannes/Kroneberg, Clemens/Schnell, Rainer

- (Hg.): *Hartmut Essers Erklärende Soziologie – Kontroversen und Perspektiven*. Frankfurt/M.: Campus, S. 201–226.
- Schimank, Uwe (2009b): »Die Moderne: eine funktional differenzierte kapitalistische Gesellschaft«. In: *Berliner Journal für Soziologie* 19, S. 327–351.
- Schimank, Uwe (2010a): *Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurtheoretische Soziologie*. München: Juventa.
- Schimank, Uwe (2010b): »Wie Akteurkonstellationen so erscheinen, als ob gesellschaftliche Teilsysteme handeln – und warum das gesellschaftstheoretisch von zentraler Bedeutung ist«. In: Albert, Gert/Sigmund, Steffen (Hg.): *Soziologische Theorie kontrovers*. 50. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: VS, S. 462–471.
- Schimank, Uwe (2013): *Gesellschaft*. Bielefeld: Transcript.
- Schimank, Uwe (2014): »Planung versus Evolution: Wie verändert sich das Soziale?«. In: Lamla, Jörn/Laux, Henning/Rosa, Hartmut/Strecker, David (Hg.): *Handbuch Soziologie*. Konstanz: UVK, S. 114–128.
- Schimank, Uwe (2015): »Grundriss einer integrativen Theorie der modernen Gesellschaft«. In: *Zeitschrift für Theoretische Soziologie* 4, S. 236–268.
- Schimank, Uwe/Volkman, Ute (2008): »Ökonomisierung der Gesellschaft«. In: Maurer, Andrea (Hg.): *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: VS, S. 382–393.
- Schüßler, Elke/Wittneben, Bettina/Rüling, Charles-Clemens (2016): »Klimakonferenzen«. In: Besio, Cristina/Romano, Gaetano (Hrsg.): *Zum gesellschaftlichen Umgang mit dem Klimawandel. Kooperationen und Kollisionen*. Baden-Baden: Nomos, S. 187–218.
- Strauss, Anselm L. (1978): *Negotiations. Varieties, Contexts, Processes, and Social Order*. San Francisco: Jossey Bass.
- Volkman, Ute/Schimank, Uwe (2006): »Kapitalistische Gesellschaft: Denkfiguren bei Pierre Bourdieu«. In: Florian, Michael/Hillebrandt, Frank (Hg.): *Pierre Bourdieu. Neue Perspektiven für die Soziologie der Wirtschaft*. Wiesbaden: VS, S. 221–242.